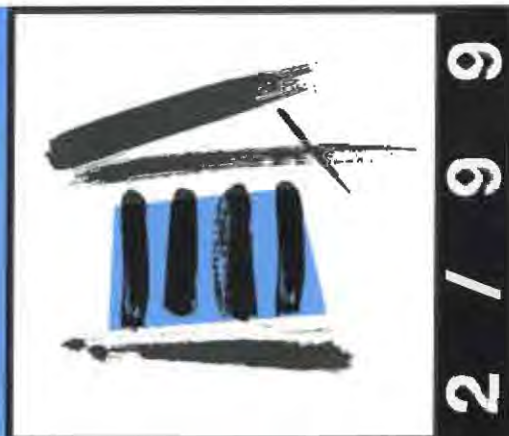


AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51



50 Jahre Nato:

Jubiläum im Vorfeld des Krieges

Militärs, Politiker und Wissenschaftler diskutieren das NATO-Selbstverständnis in einer neuen Weltlage



Staatssekretärin Brigitta Schulte:
Deutschland verlässlicher Partner im Bündnis
Fotos: Stern

Unter dem Eindruck des bevorstehenden Luftkriegs der NATO gegen Jugoslawien stand die sicherheitspolitische Fachtagung anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung des Militärbündnisses. Nicht die Beschwörung der Vergangenheit stand im Mittelpunkt, sondern die Diskussion über gewandeltes Selbstverständnis und die neuen Aufgaben und Probleme in einer neuen Weltlage. Insbesondere die Führungsrolle der USA und das Verhältnis zu den europäischen Partnern, die Möglichkeiten der NATO als Friedensstifter, Fragen und Probleme der Osterweiterung und die Rolle des vereinten Deutschlands beherrschten die Diskussionen zwischen Militärs, Politikern und Wissenschaftlern.

Siehe Seite 3

Sachverständigenräte:

Wachstum und Umwelt

Über das Spannungsverhältnis und die gegenseitigen Einflüsse eines angemessenen Wirtschaftswachstums und einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung diskutierten Mitglieder der beiden Sachverständigenräte für Wirtschaft und Umwelt sowie namhafte Experten aus Wissenschaft und Politik. Beide Räte sehen die Ursachen des Konflikts zwischen Ökonomie und Ökologie lediglich darin, daß die jeweiligen Funktionsmechanismen unkoordiniert ineinandergreifen und sich gegenseitig beeinflussen.

Siehe S. 19



Die Ratsvorsitzenden Hax (Wirtschaft) und Rehlinger (Umwelt, unten)

Agenda 21:

Erfahrungsaustausch

„Jeder kann in seinem Bereich die Welt verändern!“ So faßte ein Teilnehmer der Tagung „Vor Ort initiativ“ das Ergebnis zusammen. 120 Mitglieder lokaler Agenda-21-Gruppen aus Oberbayern nahmen daran teil. Kontakte zu Kommunalpolitikern, die Einbindung der Gruppen in die politische Kommunikation in den Gemeinden sowie eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit standen im Mittelpunkt des lebendigen Erfahrungsaustausches. In Arbeitsgruppen erörterten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Fragen der Selbstorganisation, Motivation und innovativer Aktionen.

Siehe Seite 11

Zukunftskommissionen:

Arbeitsgesellschaft

Zwei Zukunftskommissionen, die bayerisch-sächsische und die der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, haben im vergangenen Jahr der Öffentlichkeit ihre Ergebnisse präsentiert. In Tutzing trafen sich auf Einladung der Akademie Mitglieder beider Gremien zu einer vergleichenden Analyse ihrer Ergebnisse. Akademiedirektor Oberreuter, selbst Mitglied der bayerisch-sächsischen Kommission: „Wir sind uns darin einig, daß für eine möglichst breite Bevölkerung ein möglichst hoher materieller und immaterieller Wohlstand und eine möglichst niedrige Arbeitslosenquote anzustreben ist.“

Siehe Seite 7



Inhaltsverzeichnis

Seite

50 Jahre NATO - Sicherheit gestern und heute	3
<i>Zukunftskommissionen:</i> Streit um die neue Arbeitsgesellschaft	7
<i>Perspektiven der Erwerbsarbeit:</i> Der neue Mensch als Unternehmer	10
Agenda 21 - Vor Ort initiativ	11
Freiheit und innere Sicherheit	12
<i>Jugend und Politik:</i> Grabenkämpfe und Selbstbestätigung	13
Seiteneinsteiger gegen Profis	15
<i>The Munich 1999 European Forum:</i> Aktuelle Konflikte realitätsnah diskutiert	17
<i>Wirtschaft und Umwelt:</i> Angemessenes Wachstum - Dauerhaft umweltgerechte Entwicklung	19
Ökonomische Instrumente der Umweltpolitik in Zeiten der Globalisierung	22
Für eine stärkere Verwendung ökonomischer Instrumente in der Umweltpolitik	23
Themen - Tagungen - Termine	25
Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter	29
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	31
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	32

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Hans **Maler**

Vorsitzender des Beirats:

Siegfried **Kett**

Kollegium:

Dr. Horst **Denzer**, Dozent

Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik

Gebhard **Diemer**, M.A., Dozent

Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Klaus **Grosch**

Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Dr. Peter **Hampe**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Dr. Uwe **Kranenpohl**

Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt

Parteiendemokratie, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Plazolo**, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**

Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:

Elke **Leisching**

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Redaktion:

Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin **Sittkus**

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH
Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: Karin **Rappenglück**, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

50 Jahre NATO - Sicherheit gestern und heute

Zum 50. Jubiläum der NATO-Gründung am 4. April 1949 in Washington hatte die Akademie in Kooperation mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft zu einer weit über die Aufnahmefähigkeit hinaus gefragten Tagung vom 5. - 7. März 1999 nach Tutzing geladen. Wenige Tage vor Beginn des Luftkriegs gegen Jugoslawien ging es nicht um Beschwörung einer glänzenden Vergangenheit, sondern - wie es dem Bündnis, das heute gefragt ist denn je, entspricht - um einen Überblick über einige Schwerpunkte der heutigen Aufgaben und Probleme:

- die gewandelte Führungsrolle der Vereinigten Staaten
- die Möglichkeiten als Friedensstifter
- die Chancen im Ostseeraum gegenüber Rußland und dem Baltikum
- Osterweiterung - wie weit?
- die Zukunft der NATO und Deutschlands Rolle in ihr.

Die Diskussionen waren besonders ertragreich wegen der Kompetenz von Referenten und Teilnehmern und wegen der Informationen „aus dem Nähkästchen“.

Botschafter John C. Kornblum: Gewandelte Führungsrolle der Vereinigten Staaten



Botschafter Kornblum ließ keinen Zweifel daran, daß Amerika die NATO weiterhin führen werde, aber da es nicht der Weltpolizist werden wolle, brauche es starke Partner in Europa. Trotz Differenzen habe die Zusammenarbeit in der Vergangenheit gut funktioniert. „Es ist jetzt an der Zeit, die Vision der demokratischen Gemeinschaft mit gemeinsamen Werten weltweit in die Tat umzusetzen.“ Er sprach sich dafür aus, daß die NATO in Zukunft auch ohne UNO-Mandat „menschliche Katastrophen verhindert“.

Eine neue Bedrohung erwächst der NATO u.a. durch ballistische Raketen. Kornblum sagte voraus: „In 10 Jahren sind alle südeuropäischen Hauptstädte in Reichweite. In 20 Jahren

ganz Europa.“ Deshalb forderte er die europäischen Bündnispartner auf, ihre Verteidigungsetats nicht weiter zu kürzen, sondern aufzustocken. Die Erweiterung der NATO bringe vor allem Deutschland neue Freunde

im Osten. Im Umgang mit anderen Nationen sprach sich Kornblum für eine unterschiedene Menschenrechtspolitik als harte Sicherheitspolitik aus. Zu Ende seiner Rede stellte er Deutschland ein gutes Zeugnis aus:

„Es war mit den USA das Rückgrat der NATO. Auch in Zukunft bin ich optimistisch, was die deutsch-amerikanische Partnerschaft betrifft.“

„Die NATO hatte die tollkühne Vision der Wiederherstellung von Deutschlands und Europas Einheit und von der Verhinderung von Streit in Europa. Die Vision ist noch immer lebendig.“

John C. Kornblum



Brigitte Schulte: Festrede einer Frau in der Männer- gesellschaft NATO

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verteidigung, Brigitte Schulte, begab sich auf einen kurzen Streifzug durch die Geschichte der NATO. Anfangs sei das Bündnis zum Schutz mit aber auch vor Deutschland gedacht gewesen. Seit damals hätten sich die Aufgaben der NATO allerdings gewaltig geändert. Um den neuen Herausforderungen zu begegnen „muß Europa aufhören, ein Hühnerhof zu sein.“ Großbritannien, Frankreich und Deutschland müßten endlich zu einer gemeinsamen Streitkräfteplanung kommen. Deutschland

**Zum Beltrittswunsch
Bulgariens und Rumäniens:
„Die demokratische
Entwicklung unter großen
Opfern auf sich genommen
haben, müssen ihre Chance
erhalten.“**

Brigitte Schulte

z.B. gerate angesichts der 5500 Mann für den Kosovo an die Grenze von Ausbildung, Logistik und Finanzierung. Angesichts der Entwicklungen in Bosnien und im Kosovo stelle sich die Frage: „Meinen wir es ernst mit den Menschenrechten oder verschanzen wir uns hinter der UNO.“ Deutschlands Rolle in der Zukunft beschrieb Brigitte Schulte nicht als „großmächtige Nation“ sondern als „verlässlicher Partner im Bündnis.“

Pulverfaß Balkan - Möglichkeiten und Grenzen der NATO als Friedensstifter

Beim ersten Diskussionsforum meinte Dr. Hanns Schumacher, Stellvertretender Hoher Repräsentant in Bosnien-Herzegowina, daß in Bosnien die NATO mit ihrer militärischen Absicherung erst die Voraussetzung für den Friedensprozeß geschaffen habe. Der NATO werden aber immer mehr ihre Grenzen als Friedensstifter bewußt. Sie stehe dort für unbestimmte Zeit, es sei nicht erkennbar, wann und wie sie sich zurückziehen werde, und trotzdem zögen die beteiligten Nationen Truppen inoffiziell ab, um Kontingente für das Kosovo bereitstellen zu können. Die Möglichkeiten der NATO seien erschöpft im Herstellen des Waffenstillstands, jetzt sei es an der Zeit, die zivilen Strukturen mit ausreichend Personal und Mitteln auszustatten, um auf dem Weg einer „demokratischen Vormundschaft“ Frieden durch ein ziviles Miteinander der Menschen zu erwirken. Seine eigene Zusammenarbeit mit der NATO beschrieb er zwar als hilfreich, aber nicht ohne Probleme. Von der SFOR habe er die Absicherung eines Flüchtlingsrücktransports gebeten. Bei dem großen Aufgebot, das er darauf erhalten habe, habe er sich wie bei der Landung in der Normandie gefühlt, aber ein Schutthaufen auf einer wichtigen Kreuzung habe den ganzen Konvoi aufgehalten, da der örtlich zuständige Kommandeur die Straßenräumung als nicht in den *rules of engagement* der Truppen betrachtet habe.

Brigadegeneral Dr. Klaus Wittmann von der Deutschen Delegation bei der NATO, der bei den Planungen für den Balkan mitgewirkt hat, bezeichnete die NATO als die einzige internationale Organisation, die „wirklich Zähne hat“. Trotzdem sei sie kein *Solooplayer*, sondern in vielerlei Zusammenarbeit eingebunden. Die NATO sei das militärische Rückgrat der präventiven De-

NATO nicht zur Luftwaffe der UCK werden. Wittmann forderte die Aufstellung von allgemeinen Verhaltensregeln für die Beteiligung der NATO an innerstaatlichen Konflikten.

Der vorgesehene Stabschef von SFOR, Generalmajor Widder, war wegen der Verabschiedung seiner Truppen nach Mazedonien verhindert. Dies und auch die Fastverhinderung von Botschafter Schumacher wegen der Absetzung des Präsidenten der Republik Serbska Poplasen zeigte, wie sehr die Aktualität die Tagung interessant, aber auch anfällig machte.



Die NATO als Friedensstifter

Zeichnung: Tomaschoff

mokratie, wobei sich die Militärs oft in einer warnenden Rolle befänden. Sie seien Gegner der Strategie „*bomb now, think later*“. Auch im Kosovo könne man eine Lösung nicht einfach herbeibomben. Außerdem wolle die

Mare balticum - mare pacis?

Im Gegensatz zum krisenanfälligen Mittelmeer bietet die Ostsee - so das nächste Diskussionsforum - mächtige Entwicklungschancen für das Baltikum und für Rußland - sie müssen nur genutzt werden.

Generalmajor Rainer Jung, Stabschef des Hauptquartiers *Baltic Approaches* der NATO wies darauf hin, daß die mögliche NATO-Mitgliedschaft Estlands, Lettlands und Litauens und der Widerstand Rußlands dagegen nur ein Aspekt der Sicherheit im Ostseeraum sei. Gemeinsame Übungen wie *Cooperative Jaguar* im Mai 1998 zeigten deutlich, daß alle Ostseerainer einschließlich Rußlands bereit seien, einen Beitrag zur Sicherheit zu



v.l.: Tagungsleiter Dr. Horst Denzer, Dr. Hanns Schumacher, Dr. Klaus Wittmann

leisten. Der militärische Aspekt bleibe aber nur ein Baustein einer größeren interdisziplinären Agenda.

Professor Dr. Zenonas Namavicius, Botschafter Litauens in Bonn, zeigte sich überzeugt, daß die derzeitige Zusammenarbeit der Ostseeanrainer eine zweite Hanse neuer Qualität werden könne. Menschen, die gemeinsam arbeiten, geschäftliche Verbindungen unterhalten, sich an gemeinsamen kulturellen Veranstaltungen beteiligen, hätten kein Interesse an Konfrontationen. Litauen habe dazu einen großen Beitrag geleistet.

Professor Dr. Igor Maximytschew, Europainstitut der Akademie der Wissenschaften Rußlands und früher lange Jahre als Diplomat in Deutschland, machte deutlich, wie sensibel Rußland auf das Verhalten der baltischen Staaten - über 50 Jahre Teil der Sowjetunion - reagiert.

Probleme habe Rußland mehr mit Lettland und Estland als mit Litauen. Aber auch da sehe er Probleme. Litauen könne entweder Wegsperre oder Bindeglied für Rußland sein. Im Moment sei es wegen der Transitgebühren für russische Waren allerdings mehr ein Wegelagerer. Eine NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten könne Rußland schon wegen der Gefährdung Kaliningrads und St. Petersburgs nicht akzeptieren. Die Regierungen der baltischen Staaten würden außerdem versuchen, monoethnische Staaten zu schaffen, und deshalb die russische Bevölkerung massiv benachteiligen. Auch das könne Rußland nicht akzeptieren.

Der Bug als Rubikon - Die NATO weiter nach Osten?

In der Diskussion über die NATO-Osterweiterung sprach sich Maximytschew entschieden gegen neue Mauern in Europa aus. Er wandte sich dagegen, daß die USA und die NATO ihr Handeln zum internationalen Ge-

setz machen. Rußland dürfe nach dem Kalten Krieg nicht als Besiegter behandelt werden, dann könne der Traum eines großen Europa Wirklichkeit werden.

General Wolfgang Altenburg, früher Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des Internationalen Militärausschusses der NATO, fragte, was Rußland und der NATO in der Beitrittsfrage das Recht gebe, souveränen Staaten vorzuschreiben, was sie tun und welchem Bündnis sie beitreten sollen. Der Wunsch dieser Länder

Allen war bewußt, die weitere NATO-Osterweiterung ist eine schwierige Balance zwischen den Sicherheitsbedürfnissen der Beitrittskandidaten, der Rücksicht auf Rußland, der Aufnahmefähigkeit des Bündnisses und der Vermeidung neuer Sicherheits- und Wohlstandsgrenzen in Europa. Es zeigt sich schon jetzt im Osten, daß die NATO nicht nur für die Beitrittsländer, sondern weit darüber hinaus Sicherheit exportiert (z.B. durch „Partnerschaft für den Frieden“ und spezielle Sicherheitspartnerschaften).



v.l.: Rainer Jung, Igor Maximytschew, Zenonas Namavicius

müsse ernst genommen werden. Der Grund für die Erweiterung sei allein, Stabilität im Osten zu schaffen; diese könne aber auch durch andere Maßnahmen gefördert werden.

Ewald Heinrich von Kleist, langjähriger Veranstalter der Wehrkundetagung, wies auf die wichtige Rolle der Gefühle in der Politik hin. Rußland sei in Trauer über den großen Niedergang. Der Nationalismus sei in Rußland deshalb recht stark. Auf das müsse bei der NATO-Erweiterung Rücksicht genommen werden. Es sei von fundamentaler Bedeutung, die Kooperation mit Rußland, z. B. bei der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, fortzusetzen.

Botschafter Namavicius wies darauf hin, daß Litauen nicht nur Sicherheitsempfänger sei, sondern auch zur Sicherheit, z. B. mit Polizisten in Bosnien und Albanien, beitrage. Was Litauen als Gabe von der NATO erwarte, sei Zusammenarbeit. Das Land habe außerdem eine historische Tradition im Kampf für die Werte des Westens. Auch Rußland habe Litauen bei der Frage der Bündniswahl völlige Freiheit gegeben.

Die Zukunft der NATO und Deutschlands Rolle in ihr

Auf dem von Professor Werner Markus (Marshall Center) moderierten Diskussionsforum wurde die mögliche innerdeutsche Kontroverse über Deutschlands Rolle in der NATO und die Aufgabe und Struktur der Bundeswehr (die z.B. Joschka Fischers Kritik an der Nuklearstrategie oder Äußerungen der Grünen zur Verkleinerung und Neuausrichtung der Bundeswehr, sowie zum UN-Mandat bei Auslandseinsätzen genährt hatten) durch den Erfurter Parteitag der Grünen und die Annäherung (und teilweise den Rollentausch) der Positionen der alten und neuen Bundesregierung entschärft bis ganz befriedet.

Brigitte Schulte wandte sich gegen eine NATO, die sich selbst mandatiere. Nur wenn es gelte, Völkermord zu verhindern, und die UN sich selbst blockiere, dürfe man davon eine Ausnahme machen. Die OSZE müsse als Instrument für die Früherkennung

von Krisen ausgebaut werden. Die europäischen Bündnispartner müßten zu einem Pfeiler der NATO werden.

Christian Schmidt, Bundestagsabgeordneter der CSU, wies darauf hin, daß die Europäer die Amerikaner noch auf absehbare Zeit brauchen. Die europäischen Länder hätten es noch nicht geschafft, ihre Aufgaben selbst zu lösen. Um Stabilität in Europa zu erreichen,

Brigadegeneral Dieter Farwick, Befehlshaber im Wehrbereich V, sah in der „Partnerschaft für den Frieden“ einen wichtigen Sicherheitsexport in Europa. Mit diesem Programm habe auch ein Staat, der nicht beitreten wolle, die Möglichkeit, sich der NATO zu nähern. Der Idee eines europäischen Pfeilers sprach er gegenwärtig jede Verwirklichungschance ab: „Die Europäer sind blind und können ihre



v.l.: Ewald Heinrich von Kleist, Igor Maximytschew, Rolf Werner Markus, Zenonas Namavicius, Wolfgang Altenburg



v.l.: Dieter Farwick, Christian Schmidt, Brigitte Schulte, Rolf Werner Markus, Barbara Hoffmann, Wolfgang Altenburg.

brauche man die Erweiterung des Bündnisses. Er unterschied sich von Brigitte Schulte in der Frage der Selbstmandatierung der NATO nur in Nuancen.

Für Barbara Hoffmann von den Grünen ist die Notwendigkeit eines NATO-Einsatzes immer ein Mangel der Politik. Menschenrechte, z. B. im Kosovo, hätten schon früher politisch durchgesetzt werden müssen. Der Primat der Politik müsse bestehen bleiben. Deshalb seien zivile Organisationen wie UNO und OSZE zu reformieren und zu stärken.

Truppen nicht transportieren“. Er hielt die Grenze der Leistungsfähigkeit der Bundeswehr im Moment für erreicht und schrieb der Politik eine lange Liste von notwendigen Verbesserungen ins Stammbuch.

General Altenburg riet der Bundesrepublik, sich nicht nach einer Führungsrolle zu drängen, denn in der NATO gebe es schon „too many chiefs“. Die NATO sei gegenwärtig im schwierigen Prozeß des Übergangs von der kollektiven Verteidigung zur kollektiven Sicherheit. ■

Horst Denzer
Jürgen Stern

Aufgeschnappt:

„Die NATO ist das einzige Verteidigungsbündnis der Welt, das den Wegfall des Feindes überlebt hat.“
Klaus Wittmann

„Die Bundeswehr hat entweder zu wenig Geld oder zu viele Soldaten.“
Brigitte Schulte

Zur Situation in Bosnien-Herzegowina: „Friede ist nicht allein Waffenstillstand, sondern Dauerhaftigkeit demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen“.
Hanns Schumacher

„Für Rußland als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs ist es sehr schmerzhaft, nun als Verlierer dazustehen.“
Igor F. Maximytschew

Zur Entwicklung in Rußland: „Vor 8 Jahren hieß es: Rußland hat nur Freunde auf der Welt. Vor 4 Jahren hieß es: Rußland hat keine Feinde auf der Welt. Heute: Rußland hat weder Feinde noch Freunde.“
Igor F. Maximytschew

„Die Idee der Ostseezusammenarbeit, der 'neuen Hanse' ist ein Schritt zum 'ewigen Frieden'“
Zenonas Namavicius

Wolfgang Altenburgs leidenschaftliches Plädoyer für Europas vermehrtes Engagement in der NATO: „Wir brauchen den european pillar, not the european pillow im Bündnis“

Werner Markus zur Erfolgsgeschichte der NATO: „Die alten Vorurteile sind längst verstummt. Kelner sagt mehr: 'Zweck der NATO ist es, to keep the Americans in, the Russians out and the Germans down' oder 'NATO bedeutet: No Action, Talks Only'“

Streit um die neue Arbeitsgesellschaft

Unterschiede im Ansatz und bei Diagnose und Therapie:
Reformen von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat ja - aber wie?

Die Arbeitsergebnisse der beiden „Zukunftskommissionen“, der bayerisch-sächsischen und der Friedrich-Ebert-Stiftung, liegen seit einiger Zeit vor. Auf Einladung der Akademie kamen Mitglieder der beiden Gremien und einige zusätzliche Experten zu einer vergleichenden Analyse in Tutzing zusammen.

Wir dokumentieren im folgenden die Übersicht, die Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer, der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Kommission, in seinem einleitenden

Beitrag als Vergleichsgrundlage vorgestellt hat. Anschließend wird der Vortrag von Prof. Dr. Meinhard Miegel, dem Vorsitzenden der bayerisch-sächsischen Kommission, in Auszügen wiedergegeben. Darin erläuterte er aus eigener Perspektive die „facettenreiche“ Sicht seiner Kommission zur Erwerbsarbeit.

Am Ende der Konferenz wurde über Forschungsperspektiven diskutiert. Einige der Anregungen werden im folgenden benannt.

Forschungsbedarf

1. Theoretische Durchdringung des Begriffs „sozialer Zusammenhalt“. Was hält eine Gesellschaft zusammen? Inwieweit ist der „soziale Zusammenhalt“ ein Standortfaktor bzw. eine ökonomische Bedingung?

2. Was heißt Wissensgesellschaft? Worin besteht das Neue? Welchen Arbeitskräftebedarf impliziert sie?

3. Frage der Notwendigkeit von institutionellen Änderungen, um dem Zeitdilemma zu entgehen, das darin besteht, daß die langfristigen Zeithorizonte bestimmter Probleme (Demographie, Ökologie, Nord-Süd-Konflikte) und die kurzfristigen Zeithorizonte der Entscheidungsträger in Politik und Ökonomie auseinanderklaffen.

4. Das Menschenbild des Grundgesetzes und die Soziale Marktwirtschaft: Sind Veränderungen des Leitbildes feststellbar, und wenn ja, welche?

5. Die Notwendigkeit von Mentalitätsveränderungen in der Gesellschaft.

6. Der Änderungsbedarf der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, um dem Ziel der „Nachhaltigkeit“ gerecht zu werden.



Zeichnung: Tomaschoff

Unterschiede zwischen den Zukunftskommissionen der Freistaaten Bayern und Sachsen und der Friedrich-Ebert-Stiftung

von Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer

Unterschiede im Ansatz

Bayern und Sachsen

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit:
Begrenzung auf Arbeitsmarkt,
flächendeckende Lösungsvorschläge

Friedrich-Ebert-Stiftung

ganzheitlich: Ökonomie, sozialer
Zusammenhalt, Umwelt,
exemplarische Lösungsvorschläge

Unterschiede in der Diagnose

Bayern und Sachsen

Verfall der Erwerbsarbeit

Wissen contra Arbeit

Eliten

High-tech Schwächen ausgleichen

Produktivität und Rationalisierung
durch Kostenwettbewerb

Hochkostenland

-

-

**Gemeinsamkeiten: Strukturprobleme vorrangig, Niedriglohnarbeitsmarkt
bletet bisher unausgeschöpftes Potential**

Friedrich-Ebert-Stiftung

Änderung der Erwerbsarbeit
(neue Normalität)

Wissen wertet „Faktor Arbeit“ auf

mittleres Qualifikationssegment
entscheidend

höherwertige Technologien mit
Spitzentechnologien verbinden
und neue Märkte erschließen

neue Produkte und Dienstleistungen,
neue Märkte durch innovations-
treibenden Wettbewerb

Qualitätsführer (Unternehmen,
staatliche Dienstleistungen,
Lead Märkte, Umwelt)

Standortfaktor sozialer Zusammenhalt

Umwelt als Begrenzung (OECD) und
wirtschaftliche Chance

Unterschiede zwischen den Zukunftskommissionen der Freistaaten Bayern und Sachsen und der Friedrich-Ebert-Stiftung

von Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer

Unterschiede der politischen Empfehlungen

Bayern und Sachsen

Friedrich-Ebert-Stiftung

revolutionäre Entwicklung

evolutionäre Entwicklung

marktradikale Anpassung
(Löhne, Deregulierung, Steuern)

eigene Stärken weiterentwickeln und
neue aufbauen; Qualitätsführung
anstreben (Schumpeter)

Gründeroffensive

Strukturwandel in Unternehmen

Deregulierung:
Investitionen ausweiten

Reregulierung: Lead Märkte/neue
Märkte eröffnen

Staat: Aufgaben reduzieren,
privatisieren, regionalisieren

Dienstleistung: professioneller und
kundenorientierter Staat.
Steuerung: regional/national,
sowie supra-/international

soziale Ungleichheit als Preis des
Fortschritts (Einkommensgleichheit,
Armut)

soziale und ökologische Balance
halten

konservative Revolutions-
programmatik, der neue Mensch
als Unternehmer

eigenverantwortlich, kompetent,
kreativ, anderes Konsumverhalten:
Nutzung (Gelegenheitsstruktur)

Bürgerarbeit

kein Mittel zur Lösung der
Arbeitslosigkeit

Der neue Mensch als Unternehmer

Von Arbeitsplätzen zu Wertschöpfungsplätzen

von Prof. Dr. Meinhard Miegel

Im Kern gibt es drei Positionen, zwischen denen trotz aller Bemühungen letztlich keine Brücken geschlagen werden konnten:

- Die Ära der tradierten, industriegesellschaftlich geprägten, arbeitnehmerzentrierten Erwerbsarbeitsgesellschaft neigt sich (gewollt) ihrem Ende entgegen; in Zukunft wird daher die Erwerbsarbeit nicht mehr der Angelpunkt individueller und kollektiver Existenz sein.
- Die Erwerbsarbeit hat insbesondere aufgrund von Politikfehlern einen empfindlichen Bedeutungsverlust erfahren; prinzipiell ist die Erwerbsarbeitsgesellschaft aber vital und zukunftsfähig.
- Zwischen beiden vermittelnde Position.

Angst und Ablehnung

Für mich ist die erste Position, in der die Fremdbestimmung der Menschen durch abhängige Beschäftigung allmählich abnimmt und sich immer mehr Menschen zu eigenverantwortlichen Unternehmern ihrer Wertschöpfung und Daseinsvorsorge entwickeln, keine negative, sondern im Gegenteil, eine äußerst positive und optimistische Zukunftssicht. Viele reagieren auf diese Vorstellung jedoch mit Angst und Ablehnung, weil ihnen alles Neue fremd ist, weil sie aus Angst zu versagen, das behütete, wenn auch bevormundete Leben vorziehen. Darüber hinaus gründen mächtige Institutionen und Besitzstände auf der tradierten Erwerbsarbeitsgesellschaft und müssen sie schon aus Gründen des Selbststerhalts so lange wie möglich (verbal) aufrecht erhalten.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Die Abnahme der Bedeutung der Arbeit als Produktivfaktor war individuell und gesamtgesellschaftlich gewollt. Weniger Arbeit im Sinne von weniger Wochen-, Jahres-, Lebensarbeitszeit galt und gilt als gesellschaft-

licher Fortschritt. Aus dieser Wohltat wird aber in einem dialektischen Sprung Plage, wenn unfreiwillig weniger Arbeit Arbeitslosigkeit impliziert, denn mit der Erwerbsarbeit war und ist eben Teilhabe an Wertschöpfung, an sozialer Einbindung, an gesellschaftlichem Status und Lebenssinn verbunden.



Meinhard Miegel (links): „Erwerbsarbeit in Zukunft nicht mehr Angelpunkt individueller und kollektiver Existenz.“ Foto: Stern

Was trat an die Stelle der Erwerbsarbeit? Oberflächlich betrachtet Kapital. Doch Kapital hat als solches keine Wertschöpfungskapazität, es muß mit ungebundenem Wissen befruchtet werden. Hätte man nun schon in der Vergangenheit schrittweise breiteste

Die Kommission war sich darin einig, daß für eine möglichst breite Bevölkerung ein möglichst hoher materieller und immaterieller Wohlstand und eine möglichst niedrige Arbeitslosenquote anzustreben ist

Bevölkerungsschichten zu Eignern jener Plätze gemacht, die sich von Arbeits- zu Wertschöpfungsplätzen gewandelt haben, könnten sie mit Gleichmut hinnehmen, wenn der Strom ihrer Erwerbseinkommen

schmäler wird, weil gleichzeitig der Strom ihrer Vermögenseinkommen zwangsläufig breiter würde. Sie hätten ohne Wohlstandseinbußen mehr Zeit, sie wären Unternehmer (Kapital- und Wissenseigner) von Wertschöpfung, ihrer Arbeitskraft und Daseinsvorsorge.

Erneuerungsstrategie

Die vielfältig diskutierten Maßnahmen einer besseren Verteilung der noch vorhandenen Erwerbsarbeit und die Erschließung niedrig produktiver, gering bezahlter Arbeitsfelder sind von

der Kommission als Anpassungsstrategie befürwortet worden. Wichtiger erscheint uns aber eine Erneuerungsstrategie, die die Wirklichkeit anerkennt, veränderte Leitbilder in allen Lebensbereichen (von der Schule bis zur Daseinsvorsorge) annimmt und für breiteste Vermögensbildung sorgt.

Die Kommission war sich darin einig, daß für eine möglichst breite Bevölkerung ein möglichst hoher materieller und immaterieller Wohlstand und eine möglichst niedrige Arbeitslosenquote anzustreben ist. Um dies zu erreichen, darf aber nicht weitere kostbare Zeit in unfruchtbaren, weil ahistorischen Scharmützeln zwischen Arbeit und Kapital vertan werden. Der Weg in eine menschenwürdigere Zukunft ist der Weg zu breitester Teilhabe der Bevölkerung an der explodierenden Wertschöpfungskapazität wissensgeladenen Kapitals. ■

Agenda 21 - Vor Ort initiativ

Mit der Tagung „Vor Ort initiativ“ hat die Akademie für Politische Bildung zusammen mit der Evangelischen Akademie einmal speziell etwas für die Region getan. Über 120 Mitarbeiter der lokalen Agenda 21-Gruppen kamen zu einem Erfahrungsaustausch über ihre Arbeit im Fünfseenland und im Pfaffenwinkel in die Akademie.



Stefan Huber vom Bayerischen Landesamt für Umweltschutz, nannte unter anderem ein paar Zahlen. In Bayern beteiligte sich ein Viertel der Gemeinden am Agendaprozeß.

Er würde sich freuen, wenn die Umweltpolitik mit der Agenda 21-Bewegung stärker in Kontakt kommen würde. Er gab den Rat, die Wirtschaft stärker einzubinden. Allerdings wies er auch darauf hin, daß das Problem des Prozeßmanagements oft unterschätzt werde. Er regte regelmäßige wechselseitige Information der Agendagruppen und der Gemeinden an.

Mit **Hans Rohrmüller** aus Bad Brückenau berichtete ein ehemaliger Bürgermeister über den Agendaprozeß. Seit 1992 gebe es dort ein Forum Ökologie.



Aus diesem sei ein Aktionsprogramm für die Stadt entstanden. Die einzige Strategie, die zum Erfolg führe, sei der Weg über das Stadtoberhaupt: „Wenn es Ihnen nicht gelingt, die Bürgermeister zu gewinnen, können sie es gleich vergessen.“ Ein wichtiger Ansatz sei gerade für den Anfang: Mit Hilfe der Agenda-Aktivität Geld sparen, zum Beispiel beim Straßenbau. Auch in der Jugendarbeit habe man mit dem Agenda-Konzept Erfolge erzielt. In Bad Brückenau sei es gelun-



v.l.: Peter Lederer, Bürgermeister von Tutzing; Karlheinz Fuchs, Agenda-Beauftragter in Tutzing; die Tagungsleiter Klaus Grosch und Karl-Heinz Willenborg; Dr. Martin Held, Evangelische Akademie
Fotos: Stern

gen, Unternehmen als Sponsoren zu gewinnen.

Zweiter Themenschwerpunkt des Tages waren Arbeitsgruppen. Dort tauschten sich die Teilnehmer über ihre Interessenschwerpunkte aus. Hier ein paar Ergebnisse aus einigen Arbeitskreisen:

■ **Selbstorganisation der Agenda-Gruppen und bestehende Strukturen:** Die Gruppe suchte nach dem richtigen Maß zwischen schöpferischem Chaos und festen Strukturen. Ein Tip war, immer den persönlichen Kontakt zu Gemeinderat und Bürgermeister zu suchen. Ein vierteljährliches Agendaforum als Zwischenbilanz bietet die Möglichkeit zur Kontrolle durch die Bürger und zur Selbstmotivation der Mitarbeiter.

■ **Öffentlichkeitsarbeit:** Sie bietet die Möglichkeit, Informationen zu streuen und gleichzeitig Unterstützung zu gewinnen. Außerdem muß die Agenda 21 mit der Konkurrenz durch die Agenda 2000 der EU und dem rot-grünen Stallgeruch kämpfen. Die Agendagruppen sollten über ihre „corporate identity“ nachdenken und zum Beispiel ein Logo entwickeln. Bei Veranstaltungen sei besonders darauf zu achten, daß die Teilnehmer nicht passiv bleiben, sondern selber mitmachen können.

■ **Motivation und Erfolgsindikatoren:** Die Motivation für die Bürger ist die Freude, die die Arbeit in den Gruppen macht. Für die Kommunen

gibt es handfeste finanzielle Vorteile. Neue Mitsstreiter kann man durch offensives Zugehen auf unterschiedlichste Weise gewinnen. Auch hier ist das persönliche Gespräch sehr wichtig. Über genaue Erfolgsindikatoren muß man sich aber noch Gedanken machen.

■ **Kinder und Jugendliche:** Hier ist das Engagement der Lehrkräfte entscheidend. Sie haben es in der Hand, die Schüler durch verschiedene Projekte oder einfach durch Naturerfahrung zu sensibilisieren und zu motivieren. Die Schüler müssen sich selbst beteiligen können und gleichzeitig Spaß haben. Ein guter Ansatz ist, zuerst die Schülermitverantwortung anzusprechen.



Von innovativen Aktionen erzählte **Stefanie Hofmann**, zum Beispiel von den Phasen einer Zukunftswerkstatt - von der Kritik über die Entwick-

lung einer Vision bis hin zur Realisierung und zu konkreten Vorschlägen. Ein Teilnehmer hat das Prinzip der Agenda-Arbeit vor Ort zusammengefaßt: „Jeder kann in seinem Bereich die Welt verändern.“ ■

Jürgen Stern

Freiheit und innere Sicherheit

Dagobert Lindlau über den Kampf gegen das organisierte Verbrechen

Schwindel erregen Begriffe wie „Globalisierung“, „Kooperation“, „Vernetzung“, wenn sie auf die „Fortschritte“ des organisierten Verbrechens bezogen werden. Überzieht und durchsetzt „moderne“ Kriminalität wie ein Netz von Riesenspinnen die Gesellschaften ganzer Kontinente? Sind klassische Mafiosi aus Sizilien lebenswürdige Ehrenmänner im Vergleich zur Perfektion und Bewaffnung entsprechender Organisationen in Gebieten des ehemaligen Ostblocks (also auch in Deutschland) einerseits oder im Vergleich zu gesellschaftlich hochgestellten Geldwäschern im Nadelstreifen andererseits? Die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit scheinen ebenso zu verschwimmen wie die zwischen gesetzestreuen kapitalkräftigen Bürgern und Kriminellen. Wer blickt noch durch? Wie wirklich ist die Wirklichkeit? Lassen sich herkömmliche Maßstäbe noch irgendwo befestigen?

Dies war der Tenor eines Vortrags des Publizisten Dagobert Lindlau, des Kenners und - wie sich zeigte - keineswegs resignierenden, wenngleich skeptischen Moralisten. Wie berichtet



Dagobert Lindlau

(vgl. Akademie-Report 1/99), hatte zuvor ein Aufgebot von Innenministern, Heiner Bartling (Niedersachsen), Günter Beckstein (Bayern) und Otto Schily (Bundesrepublik) engagiert über das Instrumentarium berichtet, das sie glaubhaft einzusetzen bereit sind, um sowohl Sicherheit und Ordnung als auch Freiheiten im Rechtsstaat zu gewährleisten. Lindlau machte jedoch deutlich, daß an der Schwelle zum 21. Jahrhundert offenbar ein völlig neues Denken nötig ist, um die Probleme zu meistern:

„Die Frage ist natürlich, was eine zunehmende Kriminalität mit unserem Gemeinwesen anrichtet und wie man sich dagegen wehren kann. Und zwar ohne bürgerliche Freiheiten und Rech-

te zur Disposition zu stellen. Diese Frage unterstellt allerdings, daß es zwei Gegenwelten gäbe: eine kriminelle Unterwelt und eine bürgerliche Oberwelt, die streng voneinander getrennt wären und einander unversöhnlich gegenüberstünden. Ich bin mir da nicht so sicher. Bei ein paar Hundert abgefangenen und kriminell nach Polen exportierten Nobelfahrzeugen stellte sich heraus, daß ein erschreckend hoher Prozentsatz überhaupt nicht gestohlen war. Die Besitzer hatten sie an die organisierte Unterwelt verkauft. ...

... Es mag sein, daß das Bedürfnis der Bürger nach Bestrafung atavistisch ist. Es mag auch sein, daß die abschreckende Wirkung von Strafen sehr begrenzt ist. Was immer die Verurteilung eines Rechtsbrechers bewirkt - sie ist in jedem Fall ein deutliches Signal, daß der Staat auf der Seite der Opfer steht. Ein solches Signal erkennen viele Bürger nicht. Im Gegenteil, sie ahnen, daß sie eigentlich für eine möglichst niedrige Aufklärungsquote auch noch dankbar sein wollten. Wäre sie nämlich wesentlich höher - die Justiz würde vollends zusammenbrechen. Hinzu kommt ein wachsender Verdacht, daß die meisten der Instrumentarien, zu denen sich die Politik nach jahrelangem Hin und Her aufrafft, zwar völlig wirkungslos gegenüber professioneller Kriminalität sind, sich aber verdächtig gut zur Kontrolle und Bevormundung des Normalbürgers eignen.

Ein besonders gutes Beispiel ist der Strafbestand der Geldwäsche. Die kriminellen Konföderationen können mühelos und bargeldlos gigantische Summen innerhalb von Sekunden durch Dutzende von Währungen rund um den Globus jagen. Der normale Bürger wird kontrolliert, wenn er mehr als einen bestimmten Betrag einzahlt oder abhebt.

Bei notorischen Kriminellen aus der Rauschgiftszene haben wir die allergrößten Skrupel, die Beweislast umzukehren und sie zu fragen, woher ihr Geld stammt. Beim rechtstreuen Normalbürger ist die Beweislastumkehr längst eingeführt. Sollten auf meinem Konto plötzlich ein paar hunderttausend Mark auftauchen, werde ich dem Finanzamt sehr genau erklären müssen, woher ich das habe.

Total verwaltete Welt

Viele Bürger haben immer mehr das Gefühl, daß Instrumentarien wie Mikrophonüberwachung, verdachtsunabhängige Kontrollen oder gar GenKarteien sich gar nicht so sehr gegen die Unterwelt richten, sondern gegen sie, ja sogar zum Instrumentarium einer total verwalteten Welt werden könnten. Ich muß zugeben, daß ich ihnen das immer besser nachfühlen kann. ...

... Die nebenstaatliche Macht des organisierten Verbrechens, die zunehmende Verflechtung von Ober- und Unterwelt, könnten uns bald Abwehrmaßnahmen und Gesetze abverlangen, gegen die sich eine freie Gesellschaft zu Recht und aus sehr guten Gründen sträubt. Irgendwann könnten sich Rechtsstaaten, könnten sich auch Politiker und Gesetzgeber unter dem Druck der Wähler gezwungen sehen, unverzichtbare Prinzipien zur Disposition zu stellen. Das ist es, was mich beunruhigt und was mich wider besseres Wissen immer hoffen läßt, daß sich alle Kräfte von Links und von Rechts sammeln, wie in den Demokratien angelsächsischer Prägung, um sich gemeinsam zu wehren.“ ■

Grabenkämpfe und Selbstbestätigung

Nachwuchspolitiker beschreiben Motive ihres Engagements

Die Politik hat kein gutes Image. Trotzdem entscheiden sich viele junge Leute zur Mitarbeit in diesem „schmutzigen Geschäft“. Wie es mit den Chancen dieser Leute aussieht und warum sie sich so für die Allgemeinheit engagieren, waren die Leitfragen der Tagung „Im eigenen Interesse“, die vom 5. bis 7. Februar in Kooperation mit der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ und der Evangelischen Akademie Tutzing stattfand.

Von ihren eigenen Erfahrungen berichteten zwei Bundestagsabgeordnete, Dr. Hans-Peter Bartels (SPD) und Stefan Schwarz (CDU). Bartels beschrieb seinen eher unspektakulären Aufstieg von Wissenschaft und Journalismus in die politische Verwaltung Schleswig-Holsteins und von dort in

stätigung zu tun hat: „Es ist ein gutes Gefühl, gewählt zu werden.“ Aber auch Kampfabstimmungen und (strategische) Niederlagen müsse man ertragen können. Wichtig sei, daß man



Hans-Peter Bartels: Gegen die „Raffgesellschaft“ und für mehr soziale Verantwortung

die Politik: „Ein erfolgreicher Politiker hat drei Talente: Er kann sich selbst thematisieren. Er ist immer fröhlich und er steht stets zur Verfügung“, gab er den Teilnehmern, überwiegend selbst in Parteien aktiv, mit auf den Weg. Dafür könne man zum einen erhebliche materielle Vergünstigungen genießen und zum anderen etwas im Land bewegen. So wolle er persönlich gegen die „Raffgesellschaft“ und für mehr soziale Verantwortung wirken.

Stefan Schwarz gab zu, daß Politik machen auch sehr viel mit Selbstbe-



Stefan Schwarz: „Es ist ein gutes Gefühl, gewählt zu werden“

eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem Mandat behalte, damit man Entscheidungen - auch in der Gefahr nicht wiedergewählt zu werden - un-

„Ein erfolgreicher Politiker hat drei Talente: Er kann sich selbst thematisieren. Er ist immer fröhlich und er steht stets zur Verfügung“

Stefan Schwarz

abhängig treffen könne. Ihm sei es bei seinem Engagement für Bosnien so ergangen. Er sei deswegen kein Held, aber er habe eine Entscheidung getroffen, die er für richtig halte. Seinen ehemaligen Kollegen im Bundestag stellte er ein gutes Zeugnis aus: „Es gibt nur wenige 'Dreckschweine', die nur an ihre eigenen Interessen denken.“

Der Höhepunkt der Tagung war die Podiumsdiskussion mit den Vorsitzenden der Jugendorganisationen der vier etablierten Parteien. Über das Profil ihrer Verbände sprachen die Bundestagsabgeordnete Andrea Nahles von den Jungsozialisten, Hildegard Müller von der Jungen Union, Franziska Brantner vom Grün-Alternativen Jugendbündnis und Christina Renner von den Jungen Liberalen. Auf die Frage, was sie an ihrer Partei liebe und hasse, antwortete Christina Renner, daß sie sich mit dem Schwerpunkt auf Freiheit und Verantwortung sehr gut identifizieren könne. Auf der anderen Seite leide sie am „Besserverdiener“-Image der FDP.

Kleinbürgerlicher Mief

Andrea Nahles freute sich darüber, daß sie nicht nur Papier beschreibe, sondern etwas bewegen könne. Sie lerne auch gern in der Auseinandersetzung mit der SPD. Was sie an ihrer Partei aufrege, sei der kleinbürgerliche Mief, der sie an ihr heimisches Eifeldorf erinnere und der sich vor allem im Umgang mit Minderheiten zeige.

Hildegard Müller wuchs mit ihren Aufgaben und bekam durch ihr Engagement den Mut, die eigene Meinung zu sagen und für sie zu kämpfen. Wütend werde sie, wenn sie sehe, wie mit Blick auf Wahlen in der CDU der gesunde Menschenverstand ausgeschaltet werde.

Franziska Brantner sieht das relativ kurze Bestehen ihres Verbandes als großen Vorteil: Die Strukturen seien noch nicht festgefahren. Man könne noch neue Konzepte andeuten und mit Strategie umsetzen. Ihr gefalle es bei den Grünen immer dann nicht, wenn eine produktive, inhaltliche Diskussion in einen Grabenkampf ausarte.

Die Ochsentour, die dem politischen Nachwuchs bevorsteht, war das Thema von Dr. Christian Welzel vom Wissenschaftszentrum Berlin. Der langsame Aufstieg sei aber keineswegs spezifisch politisch, sondern in allen gesellschaftlichen Sektoren die Regel. Die bereits in Spitzenpositionen befindlichen Politiker hätten zu 75 Prozent einen Hochschulabschluß und seien zu 22 Prozent Juristen, was zwar überproportional sei, aber normal in einer komplexen Gesellschaft.

Die Journalistin Tanja Busse sprach über das Verhältnis der jungen Generation zur Politik. Der Großteil der Jugendlichen begnüge sich damit, den Staat durch Konformität zu erhalten, und zeige eine gewisse Gelassenheit gegenüber der Politik. Es fehlten die

Stil und Professionalität gefordert

Jan Ross, politischer Korrespondent der ZEIT, analysierte die gegenwärtige politische Lage. Das rechte und das linke Lager seien auch nach den Wahlen noch vorhanden und hätten jetzt lediglich die Plätze von Regierung und Opposition getauscht. Die großen Probleme der Zukunft seien aber nicht mehr mit dem Lagerdenken zu fassen.

Globalisierung und Gentechnik könne man nicht mehr in die Kategorien rechts oder links einordnen. Was die Politik angesichts dieser Herausforderungen brauche, sei Stil und Professionalität, Standesethos und Selbstbewußtsein der Handelnden.

der Realität, auch eine hohe Lösungskompetenz für Sachprobleme unterstellt. Dieser Teufelskreis führe zu einem Verfall des Ansehens der politischen Führungseliten.



Robert Leicht: „Politiker sind Triebtäter“



Lernen in der Auseinandersetzung: Die Jungpolitikerinnen v.l.: Hildegard Müller (Junge Union), Franziska Brantner (Grün-Alternatives Jungbündnis), Christina Renner (Junge Liberale), Andrea Nahles (Jungsozialisten) Foto: Fuchs

Robert Leicht, ebenfalls politischer Korrespondent der ZEIT, hatte als Thema „Politik als Beruf heute“. Seinen Ausgangspunkt nahm er bei Max Weber. Weber habe schon früh festgestellt, daß, wer Politik betreibe, nach Macht strebe. „Politiker sind Triebtäter“, faßte Leicht polemisch zusammen. Allerdings könne man unterscheiden, ob jemand von einer *ambition to be* oder einer *ambition to do* getrieben sei. Auf jeden Fall müsse ein Politiker so charakterstark sein, daß er es aushalten könne, in entscheidenden Fragen allein zu sein. Als Idealtypus beschrieb er den von Verantwortung geprägten Politiker, der in einer Entscheidungssituation bekenne: „Ich kann nicht anders, hier stehe ich.“

■ Jürgen Stern

großen, polarisierenden Auseinandersetzungen, zudem sei die Politik im Bewußtsein der jungen Generation kein großer Machtfaktor mehr. Wenn sich heute jemand politisch engagiere, dann selten nur aus Karrieregründen, sondern um etwas für die Gesellschaft zu tun. Gegenüber Engagierten zeigten die anderen Jugendlichen Toleranz: „Der eine spielt Tennis, der andere macht Politik. Beides ist okay.“ Der Politik riet Busse, von Greenpeace zu lernen und mehr Emotionen einzusetzen, um die Menschen an sich zu binden.

Von dem Erscheinungsbild der Politiker in den Medien berichtete Professor Hans Mathias Kepplinger. Ganz allgemein habe die Zahl der negativen Äußerungen über Politiker seit den sechziger Jahren stark zugenommen. Zum eigenen schlechten Erscheinungsbild trage aber auch die Politik selbst bei. Wer als Politiker über Politiker schlecht spreche, bekomme die Aufmerksamkeit der Medien. Wer diese Aufmerksamkeit habe und dazu originell, witzig und fotogen sei, dem werde vom Publikum, unabhängig von

Seiteneinsteiger gegen Profis

Erfahrungen mit der Politik als Beruf aus den USA

von Dr. Jens Borchert,
Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien, Universität Göttingen (*)

Wenn man Leuten die Frage nach bekannten Seiteneinsteigern in der amerikanischen Politik stellt, würde die spontane Antwort vermutlich häufig lauten: „Ronald Reagan“. Das ist jedoch nur bedingt richtig. Zwar war Ronald Reagan ein politischer Neuling, der über eine gewisse Prominenz als Schauspieler und Rundfunkmoderator verfügte - allerdings nicht, als er 1980 erfolgreich für die Präsidentschaft kandidierte. Reagan war von 1966 bis 1974 Gouverneur von Kalifornien und verfügte damit über den typischen Erfahrungshintergrund eines erfolgreichen Präsidentschaftskandidaten.

Typische Karrierewege

Das verweist auf die Notwendigkeit, bei der Untersuchung der Rolle von Seiteneinsteigern zwischen verschiedenen politischen Ämtern zu unterscheiden. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Chancen von Seiteneinsteigern - den „political amateurs“ - desto größer sind, je niedriger das jeweilige Amt auf der Hierarchieleiter politischer Ämter angesiedelt ist. Diese Hierarchie wiederum ergibt sich, wenn man die typischen Karrierewege von Politikern verfolgt und dabei gemeinsame Muster findet. Schließlich kann man davon ausgehen, daß ein Positionswechsel i.d.R. mit der Hoffnung auf eine Verbesserung verbunden ist.

Große Chance für Neulinge

Das hat zur Folge, daß amerikanische Präsidenten fast nie politische Seiteneinsteiger sind. Die einzigen Ausnahmen in der amerikanischen Geschichte sind erfolgreiche Generale nach bedeutenderen militärischen Auseinandersetzungen: zuletzt Dwight D. Eisenhower nach dem Zweiten Weltkrieg. Anders sieht es im Kongreß aus. Hier hat es immer einen gewissen

Anteil solcher Amateure gegeben. Um einen Eindruck von der Größenordnung zu gewinnen, habe ich mir den 104. Kongreß (1995-97) genauer angeschaut. Hierzu muß gesagt werden, daß in diesem Kongreß die Chance für politische Neulinge besonders groß war, da 1994 viele neue republikanische Abgeordnete gerade als Kämpfer gegen das Berufspolitikertum gewählt worden waren.



Jens Borchert: „Der Traum vom Feierabendpolitiker ist ausgeträumt“

Blicken wir in den Senat. Die 100 Senatoren werden - je Bundesstaat zwei - alle sechs Jahre gewählt, wobei alle zwei Jahre ein Drittel der Sitze zur Neuwahl ansteht. Wenn man sich nun anschaut, was die Senatoren vor ihrer Wahl so gemacht haben, ergeben sich relativ klar die vorherrschenden Karrieremuster: immerhin 37 von 100 waren zuvor Abgeordnete im Repräsentantenhaus, 15 Gouverneure ihres Bundesstaates. Auf den weiteren Plätzen rangieren Kommunalpolitiker (10), Abgeordnete der einzelstaatlichen Parlamente (9), stellvertretende Gouverneure und Minister auf Bundesstaatsebene (ebenfalls 9) sowie gewählte Richter und Staatsanwälte (6). Aus diesen sechs Rekrutierungs-

pools für Senatoren kommen zusammen also 86 Prozent der Mitglieder dieser Kammer. Insgesamt verfügen 92 Prozent aller Senatoren bereits über politische Erfahrungen, wenn sie gewählt werden. Im Schnitt haben sie zuvor bereits zwei andere Ämter ausgeübt.

Minderheit Seiteneinsteiger

Was ist nun aber mit den acht Seiteneinsteigern, die dieser Übermacht an erfahrenen Berufspolitikern gegenüberstehen? Sie kommen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und konnten sich bei ihrer Kandidatur daher auch auf ganz unterschiedliche Ressourcen stützen. Zu den acht gehören: ein Professor, ein Unternehmer, ein weiterer Unternehmer, dessen Vater bereits Senator war, ein Basketballstar, ein Astronaut, ein Aristokrat, ein Herzchirurg und ein Anwalt. Schon aus dieser Aufzählung ergibt sich, daß für einige wohl der Bekanntheitsgrad, für andere hingegen ihr Vermögen die entscheidende Basis für ihren Erfolg war. Nur der Erfolg von zwei Senatoren basierte ganz entscheidend darauf, daß sie als Kandidaten gegen das Washingtoner Establishment, gegen die Berufspolitiker antraten.

Bürgerpflicht statt Karriere

Dieses Motiv ist tief in der amerikanischen Kultur verwurzelt. Die republikanische Tradition der USA sieht das Abgeordnetenamt immer noch eher als Bürgerpflicht denn als die berufliche Karriere an, die es für die meisten längst geworden ist. Hier liegt auch ein Risiko für die Seiteneinsteiger im Senat: Wenn sie zu lange bleiben, laufen sie Gefahr, daß ein neuer Außen-seiter heranreift, der seinen Wahlkampf dann auf ihre Zugehörigkeit zu einem vom normalen Bürger abgelösten Establishment stützt. Lange bleiben wollen sie aber fast alle: Claiborne Pell blieb 36 Jahre, John Glenn 24, Bill Bradley 18 und Orrin Hatch ist nach 22 Jahren Vorsitzender des wichtigen Justiz-Ausschusses ein einflußreicher Senator auf der Höhe seines politischen Schaffens.

Anpassung an das Establishment

Seiteneinsteiger in die Politik gibt es also fraglos in den USA. Der Normalfall sind sie aber keineswegs. Die systematischen Rahmenbedingungen in den USA erlauben aber gerade jüngeren Politikern früher den Weg in die Parlamente. Politische Seiteneinsteiger sind allerdings kein Element sozialer Öffnung der Parlamente, sondern im Gegenteil eines der sozialen Schließung, da fehlende politische Ressourcen durch soziale und finanzielle kompensiert werden müssen. Politische Amateure verändern auch nicht das System, sondern werden vom System verändert, oder besser gesagt: sie passen sich freiwillig den Anforderungen eines Berufes an, in den sie sehr aktiv und mit großem Einsatz streben.

Wenn dies alles so ist, wenn Seiteneinsteiger selbst in den USA nicht so furchtbar verbreitet sind und dort, wo sie auftreten, nichts anderes tun als die sattem bekannten Berufspolitiker, warum beschäftigen wir uns dann mit dieser Frage, warum gibt es das Bedürfnis nach „anderen Politikern“?

Die kurze Antwort, die ich auf diese Frage geben möchte, besteht aus zwei Teilen:

- einerseits, weil wir hoffnungslose Romantiker sind und in prämodernen Vorstellungen befangen bleiben und
- andererseits, weil sich Politiker, weil sich die politische Klasse in den meisten westlichen Demokratien in der Tat zunehmend von uns, den Bürgern, entfernt und abkoppelt haben. Das Unbehagen an der professionellen Politik hat also gleichermaßen reale wie irrealen Grundlagen. Es ist diese Gemengelage, die eine rationale Diskussion so schwierig macht.

Unrealistisch ist die Erwartung, jeder von uns könnte *auch* Politiker sein. Die Professionalisierung der Politik, ist aber kein historischer Betriebsunfall und auch keine Verschwörung. Sie ist das logische Ergebnis eines Prozesses der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung, der alle Bereiche ergriffen hat. Der Traum vom Feierabendpolitiker ist ein für allemal ausgeträumt. Politik ist zu wichtig, um sie Dilettanten zu überlassen. Was nicht bedacht wird, ist die Frage, wer denn Politik macht, wenn die Abgeordneten nur noch Amateure sind. Die Antwort liegt auf der Hand: Die Entscheidungsmacht würde in die Bürokratie wandern, ungewählt, unkontrolliert, unverantwortlich. Professionalität ist in diesem Sinne kein Mißstand, sondern ein Qualitätsmerkmal.

Ist also alles in Ordnung mit der professionalisierten repräsentativen Demokratie, wie wir sie kennen? Mitnichten. Die professionalisierte Politik hat sich von der Bevölkerung entfernt. Was ist also zu tun?

Kein Anspruch auf Garantien

Erstens muß die realistische Möglichkeit zur Abwahl als demokratisches Grundprinzip wiederhergestellt werden. Zweitens muß den Karriere- und Versorgungsinteressen professioneller Politiker teilweise entsprochen werden. Wer einen Beruf ausübt, hat Anspruch auf eine Perspektive - nicht allerdings auf Garantien. Drittens darf Professionalisierung der Politik nicht heißen, daß die politischen Grund- und Richtungsentscheidungen den Politikern überlassen bleiben.

Mein kurzes Fazit also: Seiteneinsteiger in der Politik sind keine Lösung, weder in den USA noch anderswo. Politik ist zu einem Beruf geworden und das aus gutem Grund. Das darf jedoch nicht heißen, daß Politik den Politikern gehört. In diesem Sinne sind wir alle zum Einstieg - von der Seite, von vorn, von hinten, von oben, von unten oder von wo auch immer - aufgefordert.

(*) gekürzte Fassung



Karikatur: Mester

The Munich 1999 European Forum:

Aktuelle Konflikte realitätsnah diskutiert

60 Studenten aus 13 Nationen „spielen“ europäische Politik

Eine Woche lang haben Studenten aus 13 Nationen Gremien der NATO und der Europäischen Union simuliert. Das Rollenspiel bietet Studenten die Möglichkeit sich mit den Arbeitsweisen Internationaler Organisationen und Institutionen vertraut zu machen. Bereits zum vierten Mal veranstalteten der unabhängige Verein Munich European Forum e.V. und die Akademie für Politische Bildung in Tutzing vom 10. Januar bis zum 16. Januar das Munich European Forum mit 60 Studenten von Universitäten aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Israel, Italien, Polen, Rußland, Tschechien, Ukraine, Ungarn, USA und Weißrußland. Finanziell unterstützt wurde das Seminar mit einem Zuschuß des Auswärtigen Amtes in Bonn.

Vorbereitung per Internet

Um die Arbeitsweise Internationaler Organisationen und vor allem ihre Entscheidungsprozesse kennenzulernen, „spielen“ Studenten höheren Semesters (aus den Fachrichtungen: Jura, Politik- und Wirtschaftswissenschaften) die Rolle des offiziellen Delegier-

ten eines Mitgliedstaates in einem Komitee. Keiner darf dabei sein Heimatland vertreten, sondern der Teilnehmer muß sich in die Politik eines ihm fremden Landes hineindenken. Diese Positionen sollten konsequent und glaubwürdig in den Verhandlungen vertreten werden. Das erfordert nicht nur Wissen über die Politik des vertretenen Landes und die internationale politische Situation, sondern es wird auch

gelernt, Interessen zu vertreten, diese durchzusetzen und Kompromisse auszuhandeln. Eine zusätzliche Herausforderung stellte die Konferenzsprache Englisch dar.

Die drei simulierten Komitees wurden inhaltlich vom Munich European Forum e.V. vorbereitet und geleitet. Per Internet und e-mail wurde der Kontakt zu den teilnehmenden Studenten bereits vor der Konferenz aufgenommen, um sie bei der Ausarbeitung ihrer Position zu unterstützen. Während der Konferenz fanden Workshops statt, die das Verfassen von Resolutionen und Kommuniqués, verschiedene Verhandlungstechniken und die Abstimmungs- und Verfahrensregeln der Organisationen zum Inhalt hatten.

Europa auf der Agenda

Die meiste Zeit nahmen jedoch die Verhandlungen in Anspruch. Der Europäische Rat beschäftigte sich in diesem Jahr mit der Krise auf dem Balkan und den Möglichkeiten eines gemeinsamen Handels, um den Konflikt beizulegen. Außerdem wurden Strukturen einer europäischen Immigrations- und Asylpolitik besprochen.

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten kam zusammen, um das Thema Zypern und Türkei zu behandeln. Des weiteren wurde über eine gemeinsame Agrarpolitik auf der Basis des Reports Agenda 2000 diskutiert. Neben dem Thema der NATO-Erweiterung stand auch die Balkankrise auf der Agenda des NATO-Rats. Die Verhandlungen zum Thema Balkan zeigten deutlich die Vernetzung der einzelnen Gremien. So fand ein Austausch, bzw. eine Abstimmung der Ergebnisse und beschlossenen Maßnahmen zwischen der NATO und der EU statt, um die Vorgehensweisen zu koordinieren.



Europäische Politik im Planspiel: Studenten aus 13 Nationen in den Rollen ihrer Regierungsvertreter

Fotos: Höck

Wie realitätsnah unsere Verhandlungen waren, zeigt ein Beispiel aus dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten. Der Vertreter Deutschlands forderte dort eine Reduzierung der Beiträge seines Landes. Wenig später konnten wir den aktuellen Nachrichten entnehmen, daß dies Bundeskanzler Gerhard Schröder am selben Tag auch getan hat.



Die Referenten lobten das hohe Niveau und die gute Vorbereitung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Andrzej Karkoszka (rechts) bei der Diskussion mit den europäischen Studenten

garn, München, den Münchner Generalkonsul Ali Yakital und Dr. Karkoszka vom George C. Marshall Centre, College of International and Security Studies in Garmisch-Partenkirchen begrüßen konnten.

Problem Türkei

Dr. Andrzej Karkoszka, der früher für das polnische Außenministerium tätig war, und Konsul Bóta erläuterten, inwieweit ihre Länder auf die bevorstehende Aufnahme in die NATO vorbereitet sind.

Ali Yakital berichtete über die Zuverlässigkeit der Türkei im Bündnis der NATO und kommentierte den Ausschluß seines Landes aus den Aufnahmeverhandlungen der EU.

Mihai Carp erläuterte den Standpunkt der NATO zur Erweiterung und den zukünftigen Aufgaben des Bündnisses. In einer lebhaften Diskussion nutzten die Studenten die Gelegenheit, ihre Positionen, die sie als Delegierte vertraten, zu überprüfen und Fragen zu stellen.

Ein besonderes Lob haben die Teilnehmer von den Referenten der Workshops und der Diskussionsrunde bekommen. Sie waren begeistert, auf welch hohem Niveau und wie speziell die Fragen der Studenten waren, die erkennen ließen, wie gut sie vorbereitet waren. ■

Nike Dittmar

Ein Höhepunkt der diesjährigen Konferenz waren die parallelen Workshops mit Mihai Carp, Vertreter der NATO Brüssel, Political Affairs Division und Jens Mester von der Europäischen Kommission Brüssel, Central Planning Service for External Relations.

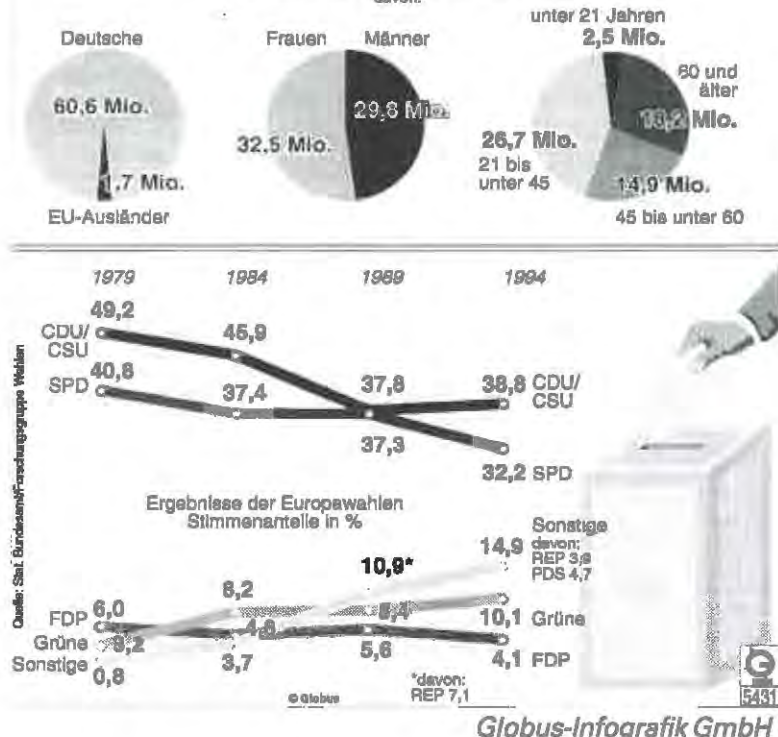
Mihai Carp referierte über die Erweiterung der NATO, die Situation im Westbalkan, die Reform der NATO und deren neues Strategiekonzept.

Jens Mester sprach über die Erweiterung der EU und die notwendigen Strukturen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, unter Berücksichtigung der neu geschaffenen Mechanismen zur internationalen Konfliktvermeidung.

Nach den Workshops fand am Abend eine Diskussionsrunde statt, zu der wir Mihai Carp (NATO), Konsul Zsolt Bóta vom Konsulat der Republik Un-

Europa wählen

62,3 Millionen Wahlberechtigte in Deutschland bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 13. 6. 1999
davon:



Globus-Infografik GmbH

Angemessenes Wachstum - Dauerhaft umweltgerechte Entwicklung

Konzeptionelle und Instrumentelle umweltpolitische Ansätze der Sachverständigenräte für Wirtschaft und Umwelt

von Dr. Michael Hüther und Prof. Dr. Hubert Wiggering *,
Generalsekretäre der Sachverständigenräte für Wirtschaft und Umwelt

In der politischen Beratung wirken zwei Gremien in herausgehobener Stellung: der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SRW) und der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU). Der jeweilige Beratungsauftrag eröffnet Bereiche gemeinsamen Interesses: die Bewertung wirtschaftlichen Wachstums, die Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer zukunftsweisenden Umweltpolitik und die Frage nach geeigneten umweltpolitischen Instrumenten. Dies legt den Gedanken nahe, die umweltpolitischen Schnittstellen in der Arbeit beider Sachverständigenräte näher zu analysieren. Dabei soll es nicht nur um die Herausarbeitung von Widersprüchen oder Gemeinsamkeiten im Kontext spezifischer umweltpolitischer Fragestellungen gehen, sondern auch um die Einordnung der von beiden Räten vorgelegten Argumentationen in das jeweils relevante theoretische und politische Umfeld.

Angemessenes Wachstum: Gesetzlicher Auftrag und umweltpolitische Orientierung des SRW

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung legitimiert sich durch eine eigene gesetzliche Grundlage, die klare Vorgaben für seinen Auftrag und die Erfüllung dieses Auftrags enthält. Mit dem Sachverständigenrats-Gesetz aus dem Jahre 1963 wurden erstmals qualitative Ziele für die deutsche Wirtschaftspolitik formuliert, die in gleicher Weise das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 prägen. Vier Ziele sind es, deren Erfüllung oder Nichterfüllung „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung“ im Zentrum der Gutachten des Sachverständigenrates stehen sollen: „Stabi-

lität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum“.

Die Formulierung „angemessenes Wachstum“ führt scheinbar wie selbstverständlich zu den heute verbreiteten Begriffen des sustainable development bzw. der dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Doch es wäre vermessend und es würde einen hermeneutischen Fehlschluß bedeuten, wollte man aus der gesetzlichen Formulierung auf die Weitsicht des Gesetzgebers im Hinblick auf die bedeutsam werdende Debatte um den Schutz der natürlichen Umwelt und die Notwendigkeit einer vorsorgenden Umweltpolitik schließen.

Wachstum unkritisch betrachtet

Angemessenes Wachstum hat Anfang der sechziger Jahre primär die Frage nach der Beschäftigungsintensität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung begründet. Die Verknüpfung mit Stetigkeit lenkte den Blick auf die konjunkturellen Schwankungen im Zeitablauf, die zu minimieren der Inhalt des damals neuen und Furore machenden keynesianischen Auftrags an den Staat war. Die Sorge um die natürliche Umwelt war kein politisches Thema von Gewicht und konnte von daher auch nicht die ökonomische Diskussion bestimmen und so gab es auch keine Basis für eine entsprechende Beratung durch den Sachverständigenrat. Es dominierte ein Paradigma, das Wirtschaftswachstum weitgehend unkritisch betrachtete.

Allerdings: Der Sachverständigenrat, der sich genötigt sah, den gesetzlichen Auftrag für die ökonomische Analyse zu operationalisieren, hat dabei früh den Begriff des wirtschaftlichen

Wachstums in durchaus zukunfts-trächtiger Weise interpretiert. So wurde im Jahresgutachten 1965/66 Wachstum als qualitatives Wachstum, als fortlaufender Wandel der volkswirtschaftlichen Strukturen gedeutet und damit die öffentlich noch lange geführte Debatte über quantitatives versus qualitatives Wachstum als fragwürdig bewertet. So verstanden, bedeutet wirtschaftliches Wachstum nicht zwangsläufig eine Gefährdung seiner natürlichen Grundlagen. Die Stetigkeit des Wachstums sei um so eher zu erwarten, wenn dem Strukturwandel keine Hemmnisse entgegengesetzt werden.



Michael Hüther: „Steuerungsfehler durch marktferne Instrumente“
Fotos: Stern

Kritik und Krise der Marktwirtschaft

Umweltpolitische Aspekte behandelte der Sachverständigenrat erstmals, als er sich im Jahresgutachten 1975/76 genötigt sah, angesichts der weitverbreiteten Kritik an der marktwirtschaftlichen Ordnung die Krise derselben zum Thema zu machen. Im Mittelpunkt stand erneut die Diskussion der Begriffe des qualitativen und quantitativen Wachstums. Der Rat versuchte deutlich zu machen, daß schon die Vorstellung eines isolierten quantitativen Wachstumsziels in der Marktwirtschaft systemfremd sei, gehe es doch darum, möglichst vielen einzelnen möglichst viel Spielraum für selbständige Entscheidung zu gewähren, um die Entwicklung an den Wünschen der Bürger zu orientieren.

Der ordnungspolitisch zentrale Grundsatz, daß Kompetenz und Haftung, Freiheit und Verantwortung unlösbar zusammengehören, und die daraus abzuleitenden Prozeßregeln, nicht aber die Erfüllung einer quantitativen Vorgabe rechtfertigen das gesamtwirtschaftliche Ergebnis. „Wenn nach den Regeln des Systems ... entschieden wird, ... daß bei der Produktion und dem Verbrauch von Gütern mehr Rücksicht auf die Umwelt genommen werden soll und daher entsprechende Auflagen zu erfüllen sind, so geschieht dies nicht gegen die Zwecke der Marktwirtschaft, sondern ist deren Ausdruck, nämlich Ausdruck dessen, das zählen soll, was die Menschen wollen“.

Begrenzter Ansatz

Um ein angemessenes oder nachhaltiges Wachstum zu erreichen, sollte nach Ansicht des Sachverständigenrates die Nutzung marktwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente – Zertifikate, Haftungsregeln, Abgaben und Steuern – anstelle des traditionellerweise bemühten Ordnungsrechts im Vordergrund stehen. Eine solche umweltpolitische Rahmenordnung vermindert zugleich die Gefahr, daß die Umweltpolitik über Gebühr freiheitswidrig wird. Bei all dem gilt indes: „Im Umweltbereich ist die spontane Marktbildung eher als eine Ausnahme anzusehen,“ da „es meist nicht möglich ist, die Umwelt mit privaten Eigentumsrechten zu belegen. ... In der Regel führt kein Weg daran vorbei, daß die Umweltpolitik selbst die ökologischen Standards vorgibt, also Recht setzt für die Umweltnutzung“. Bei diesen Erörterungen bewegte sich der Rat auf dem Boden des konventionellen Zugangs der Ökonomie zu Fragen des Umweltschutzes; die Beseitigung von Altschäden und die Vermeidung neuer Schäden sind entsprechend die Ziele der Umweltpolitik.

Die Begrenztheit dieses umweltpolitischen Ansatzes, der orientiert am Stand der Technik und am Bestand des Wissens auf die Beseitigung und die Vermeidung von Schäden abzielt, wurde in den achtziger Jahren vollends deutlich. Die weite Interpretation des Wachstumsbegriffs im Jahresgutachten 1989/90 und die damit angelegte

Perspektive auf das Konzept der Nachhaltigkeit, wie es mit dem Rio-Prozeß wirksam wurde, fanden ihre Abrundung im Jahresgutachten 1996/97 und vor allem im Jahresgutachten 1998/99: Umweltpolitik als vorsorgende Politik, die Umweltqualitätsziele entwickelt und festlegt, damit auch dem umfassenderen Anspruch gerecht wird, das Verhältnis des Menschen zur Natur anders zu sehen als im Lichte eines engen anthropozentrischen Weltbildes. Allerdings: Qualitätsorientierte Umweltpolitik kann aus Sicht des Sachverständigenrates nicht bedeuten, umweltethischen Absolutismus zuzulassen. Es bedarf unverändert auch in der Umweltpolitik des ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalküls. Dabei besteht die besondere Schwierigkeit darin, daß das Wissen über Beeinträchtigungen der Umwelt häufig unsicher und widersprüchlich ist, einer ständigen Veränderung unterliegt und der Grad seiner Begrenztheit unbekannt ist.



Hubert Wiggering: „Integriertes Gesamtmodell“

Dauerhaft umweltgerechte Entwicklung: Auftrag an sowie Ausgestaltung durch den SRU

Im Jahre 1971 hat die Bundesregierung erstmals ein umfassendes Umweltprogramm aufgelegt, das unter anderem die Einrichtung eines Sachverständigenrates für Umweltfragen vorsah. Mit dem Einrichtungserlaß des Bundesministers des Inneren vom 28. Dezember 1971 sowie der Änderun-

gen durch den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 10. August 1990 erhielt der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, der sich im Jahre 1972 konstituierte, den Auftrag

- die Umweltsituation und Umweltpolitik und deren Entwicklungstendenzen darzustellen und zu begutachten sowie
- umweltpolitische Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder Beseitigung aufzuzeigen.

Der Erlass enthält dem damaligen umweltpolitischen Ansatz entsprechend keinen Auftrag zur Ausgestaltung des Konzepts einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung, allerdings forderte der Umweltrat bereits in seinem ersten umfassenden Umweltgutachten (UG) aus dem Jahre 1974 eine langfristig angelegte, querschnittsorientierte Umweltpolitik. Explizit wird die Aufnahme eines Grundrechts auf menschenwürdige Umwelt in das Grundgesetz gefordert, dem das gleiche Gewicht zukommt wie anderen Grundrechten. Trotz des o.g. Umweltprogramms der Bundesregierung aus dem Jahre 1971 wurden Umweltfragestellungen öffentlich eher zögerlich wahrgenommen und Maßnahmen zur Beseitigung von Umweltbeeinträchtigungen zunächst nur bei extremen Ausmaßen ergriffen. Ein nachsorgender Umweltschutz hat erst einmal alle Ansätze für eine langfristig ansetzende, vorsorgende Umweltpolitik überdeckt. Gerade um dem nachsorgenden Umweltschutz zu entrinnen, diskutierte der Umweltrat 1974 explizit die „Möglichkeit, mit Hilfe eines integrierten ökonomisch-ökologischen Gesamtmodells die wichtigsten Zustände und Entwicklungen auf dem Umweltsektor und ihre Verflechtungen darzustellen“. Da bei dem zunächst nachsorgenden Umweltschutz aber in der Regel schnelles Handeln angebracht war, ist es nicht verwunderlich, daß aufgrund seiner Verbindlichkeit und Durchsetzungsfähigkeit zunächst das Ordnungsrecht ökonomischen Instrumenten vorgezogen wurde.

Sustainable Development

Seit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro ist die Zielbestimmung 'dauerhaft umweltgerechte Entwicklung' (sustainable development) die wegweisende Programmatik für die Ausgestaltung einer zukünftigen Umweltpolitik. Entsprechend hat sich der Umweltrat den Leitbegriff 'dauerhaft umweltgerechte Entwicklung' als Maßstab für die Bewertung der Umweltsituation und -politik zu eigen gemacht. Allerdings muß dieser Leitbegriff zu diesem Zweck weiter konkretisiert werden. So markant die Wortwahl, so groß ist auch die Bandbreite dessen, was darunter in der aktuellen Diskussion subsumiert wird. Sustainable development - gemeinhin übersetzt mit nachhaltige oder aber dauerhaft umweltgerechte Entwicklung - baut vom Grundsatz her auf der Forderung auf, daß ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungen im Gleichschritt einhergehen und nicht voneinander getrennt oder gar gegeneinander ausgespielt werden dürfen - wohl wissend, daß es sich bei allen Systemen um komplexe Wirkungszusammenhänge handelt mit langen Ketten von Vorwärts- und Rückwärtskopplungen. Aufbauend auf der Vorstellung von einer inter- und intragenerativen Gerechtigkeit, darf die Nutzung erneuerbarer Ressourcen dabei keinesfalls größer sein als ihre Regenerationsrate und die Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen nicht größer als die Substitutionsrate. Zudem darf die Freisetzung von (Schad-)Stoffen nicht größer sein als die Aufnahmekapazität der Umweltmedien, sie sollte diese möglichst deutlich unterschreiten. Gefordert wird damit eine Wirtschaftsweise, die den langfristigen Substanzerhalt ökologischer Potentiale in den Vordergrund stellt. Letztlich kann es nur eine dauerhafte Ausrichtung der sich fortschreitend entwickelnden Ökonomien an den Belastungsgrenzen der Umweltmedien geben. Die Konsequenz ist eine veränderte Inanspruchnahme von Ressourcen und eine Ressourcenschonung. Das auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von der Völkergemeinschaft beschlossene Akti-

onsprogramm für das 21. Jahrhundert, die Agenda 21, hat für eine Reihe von Politik- und Wirtschaftsbereichen Ziele und Leitlinien einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung formuliert. Mittlerweile haben viele Industrieländer, aber auch Schwellen- und Entwicklungsländer, nationale Umweltpläne und Nachhaltigkeitsstudien erarbeitet. Auch die Kommunen werden durch die Agenda 21 aufgefordert, ihren Beitrag zu einer lokalen Nachhaltigkeitsstrategie zu leisten und eine Lokale Agenda 21 zu konzipieren. Allen Plänen und Aktionsprogrammen haftet jedoch eine Schwierigkeit an: Bei der Umsetzung der Konzepte zeigt sich, daß ein weit gefaßter, umfassender Entwicklungsbe-griff wesentlich schwieriger umzusetzen ist als beispielsweise ein deutlich enger gefaßtes Konzept des Wirtschaftswachstums. Des weiteren ist die ökologische Tragweite des Begriffs noch viel zu wenig zu fassen.

Die Frage, welche Natur wir schützen sollen, erweist sich bei näherer Betrachtung als keineswegs eindeutig. Die zu schützende Natur ist Resultat einer Interpretation, in die notwendig auch die jeweiligen Präferenzen des Menschen eingehen. Letztlich ist es aber notwendig, trotz wissenschaftlicher Unsicherheiten, umweltpolitische Ziele vorzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

Ökologie und Ökonomie im unauflösbaren Konflikt?

Nimmt man alles zusammen - die Ausführungen des Sachverständigenrates für Wirtschaftsfragen und des Umweltrates - dann ergibt sich ein nur in Nuancen differenziertes Bild über das Wirkungsverhältnis von Umwelt und Ökonomie. Kein Zweifel: Ökonomische Eigengesetzlichkeit, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen im intergenerativen Zusammenhang und soziale Kohäsion befinden sich, das ist unstrittig, in einem konfliktreichen Verhältnis zueinander. Bei der für erforderlich gehaltenen Vermittlungsstruktur zwischen den Gegensätzen führen die Überlegungen beider Räte in dieselbe Richtung.

Die Ursachen des Konflikts werden von vielen als fundamental in den jeweiligen normativen Grundlagen verankert gesehen und damit letztlich als unauflöslich bewertet. In diesem Fall bedarf es eines ideenbildenden Kompromisses, der eine andere normative Orientierung für die wirtschaftliche Entwicklung schafft; dies liegt beispielsweise nahe, wenn man das Leitbild der Dematerialisierung verfolgt, denn dann ist jede quantitative ökonomische Ausweitung nicht akzeptabel. Der gesellschaftliche Diskurs muß in diesem Fall der „fundamentalen Vermittlung“ das Leitbild für alle drei Bereiche, den sozialen, den ökonomischen als auch den ökologischen, aus einem Guß neu definieren. Der Drei-Säulen-Ansatz reduziert sich zwangsläufig zu einem Ein-Säulen-Ansatz bei eindeutiger Hegemonie ökologischer Ziele („Ökodiktatur“) oder ökonomischer Ziele.

Beide Räte sehen die Ursachen des Konflikts zwischen Ökonomie und Ökologie hingegen lediglich darin, daß die jeweiligen Funktionsmechanismen unkoordiniert ineinandergreifen und sich gegenseitig beeinflussen. In diesem Fall ist eine „pragmatische Vermittlung“ ausreichend. Ohne die normativen Grundlagen im einzelnen zur Disposition des gesellschaftlichen Diskurses zu stellen, bedarf es einer Debatte über die angemessene Einbindung von Ergebnissen eines Bereiches in die Wirkungsorientierung eines anderen. Wirtschaftswachstum erscheint dann nicht per se als ökologisches Problem, sondern nurmehr die Richtung und die Intensität im einzelnen. Die moralische Gefährdung, die der Gesellschaft durch den Individualismus der Marktwirtschaft entsteht, stellt dann nicht deren Fundament in Frage, sondern stärkt das Prinzip der unabdingbaren Verknüpfung von Entscheidungsfreiheit und Verantwortung. Die Entwicklungsdynamik der Marktwirtschaft, ihre beispiellose Effizienz und Innovationskraft sind nicht das Problem, sondern der Schlüssel zur Lösung ökologischer Probleme: Die Menschen dürfen und sollen auch weiterhin kreativ sein, allerdings muß ihre Kreativität anders orientiert werden. ■

* (gekürzte Fassung)

Ökonomische Instrumente der Umweltpolitik in Zeiten der Globalisierung

von Prof. Dr. Herbert Hax *, Vorsitzender des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Globalisierung bedeutet im Zusammenhang mit Umweltpolitik zweierlei. Zum einen ändern sich die Bedingungen für nationale Umweltpolitik dadurch, daß infolge der weltweiten Verflechtung der Gütermärkte und der Mobilität des Kapitals neue Wettbewerbsverhältnisse entstehen, insbesondere der Standortwettbewerb sich immer stärker ausprägt. Zum anderen werden in zunehmendem Maße Umweltprobleme globalen Charakters erkennbar. Beide Aspekte der Globalisierung entstehen zunächst unabhängig voneinander, beeinflussen sich aber wechselseitig.

Aus ökonomischer Sicht geht es bei der Umweltpolitik um die Bewirtschaftung von knappen Gütern. Die Notwendigkeit politischen Handelns entsteht daraus, daß Umweltgüter zunächst ohne Entgelt genutzt werden können, insbesondere zur Aufnahme von Emissionen, und damit eine nicht durch Knappheitspreise geregelte Nutzungskonkurrenz entsteht. Ziel der Umweltpolitik muß es sein, eine nach ökonomischen Kriterien sinnvolle Allokation der Umweltgüter zu erreichen; von besonderer Bedeutung ist dabei die intertemporale Allokation. Zugleich sollen Anreize zu technologischen Entwicklungen erzeugt werden, die einen sparsameren Umgang mit Umweltgütern ermöglichen.

Begrenzte Anreize

Die Umweltpolitik bedient sich herkömmlich vorzugsweise ordnungsrechtlicher Instrumente wie Verbote, Gebote und Auflagen. Der Vorzug dieser Instrumente liegt in der unmittelbaren Wirksamkeit, der Nachteil darin, daß sie nicht notwendigerweise zur kostengünstigsten Form der Emissionsreduzierung führen und daß von ihnen nur sehr begrenzt Anreize für technologische Verbesserungen ausgehen. Den Vorzug verdienen aus die-

ser Sicht ökonomische Instrumente, durch die Preise für die Nutzung von Umweltgütern gesetzt werden, von denen die notwendigen Anreize ausgehen. Durch Besteuerung von Emissionen werden solche Preise unmittelbar gesetzt, durch Schaffung handelbarer Emissionsrechte entsteht ein Markt, auf dem sich diese Preise bilden.



Herbert Hax: „Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt“

Bei der Bewirtschaftung nationaler Umweltgüter geht es um solche Güter, die nur im Bereich eines Landes oder einer kleineren Region genutzt werden. Umweltpolitik ist dann primär nationale Politik, bleibt aber nicht unberührt vom internationalen Wettbewerb. Grundsätzlich gilt, daß Restriktionen bei der Nutzung von Umweltgütern die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft einschränken. Der Vorteil des Konsums besserer Umweltqualität oder der Bewahrung von Umweltqualität für die Zukunft muß durch geringeres Realeinkommen erkauft werden. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit wird beeinträchtigt, soweit die Kosten der Umweltpolitik nicht durch geringere Faktoreinkommen kompensiert werden. Weiterhin kommt es zu Veränderungen in der Internationalen Arbeitsteilung. Jedes Land wird sich vorzugsweise auf solche Produkte spezialisieren, bei denen es hinsichtlich der Nutzung knapper Umweltgüter komparative Vorteile hat. Wie teuer Umweltgüter in jedem Land sind, hängt von der jeweiligen Umweltpolitik ab; maß-

geblich dafür sind die jeweilige Ausstattung mit Umweltgütern, der Wohlstand des Landes und die Präferenzen der Bevölkerung. Unterschiedliche umweltpolitische Standards bedeuten keine Verzerrung des Wettbewerbs. Bei nationalen Umweltgütern bedarf es keiner übernationalen Festlegung von Standards.

Stärkere Reduzierungen

Die Problematik der Bewirtschaftung globaler Umweltgüter kann am Beispiel der durch Treibhausgase, insbesondere durch Kohlendioxid, verursachten Klimaveränderung verdeutlicht werden. Wenn zunächst Einvernehmen darüber besteht, daß die Emission begrenzt werden muß, ist zum einen die zulässige Gesamtemission zu bestimmen, zum anderen muß diese in Kontingente für einzelne Länder aufgeteilt werden. Ausgangspunkt für die Höhe der Kontingente ist zunächst der Status Quo; da sich aber weniger wohlhabende Länder nicht zu stark in ihren Entwicklungschancen beeinträchtigen lassen wollen, muß ihnen eine Zunahme der Emissionen zugestanden werden; daraus folgt wiederum, daß sich die fortgeschrittenen Länder zu entsprechend stärkeren Reduzierungen verpflichten müssen. Taktisches Verhalten in Verbindung mit Verteilungskonflikten machen die Einigung außerordentlich schwierig.

Handelbarkeit von Emissionsrechten

Eine angestrebte Reduzierung der Emissionen sollte mit möglichst geringen Kosten erreicht werden. Dieses Ziel wird verfehlt, wenn Emissionsrechte nicht handelbar sind. Gegen die Handelbarkeit von Emissionsrechten wird vorgebracht, daß Emittenten sich auf diese Weise „freikaufen“ könnten. Dabei wird übersehen, daß die gesamte Emissionsmenge durch den Handel nicht verändert wird. Die Handelbarkeit von Emissionsrechten erhöht die Effizienz von Umweltpolitik.

Es gibt Überlegungen, auf Länder, die sich der Übereinkunft nicht anschließen, durch handelspolitische Sanktio-

nen Druck auszuüben. Hiergegen bestehen erhebliche Bedenken. Zum einen lehrt die Erfahrung, daß handelspolitische Sanktionen meist nur geringe Wirkung haben, zum anderen sollten die in vielen Jahren mühsam erarbeiteten Fortschritte bei der Liberalisierung des Welthandels nicht aufs Spiel gesetzt werden. Nicht ausgeschlossen wäre aber, daß man Ländern, die sich der Übereinkunft an-

schließen, zusätzliche Handelsvorteile einräumt.

In Anbetracht der Schwierigkeiten bei der Erreichung weltweiter Übereinkünfte werden auch Alleingänge einzelner Länder oder Ländergruppen in Betracht gezogen. Mit dem Alleingang eines einzelnen Landes wird nur sehr wenig erreicht, zumal dann nicht, wenn sich damit eine Abwanderung

emissionsintensiver Produktionen in andere Länder verbindet. Das Land müßte Realeinkommenseinbußen hinnehmen, ohne daß umweltpolitisch viel bewirkt würde. Aussichtsreicher wäre der Alleingang einer großen und wirtschaftlich starken Ländergruppe. Allerdings bestünde auch dann die Gefahr, daß andere Länder sich auf eine bequeme Außenseiterposition einstellen.

* (gekürzte Fassung)



Beide Sachverständigenräte in einer Tagung vereint: v.l. Herbert Hax, Tagungsleiter Peter Hampe, Eckard Reh binder

Für eine stärkere Verwendung ökonomischer Instrumente in der Umweltpolitik

von Prof. Dr. Eckard Reh binder*, Vorsitzender des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen

Unter den zahlreichen möglichen Instrumenten zur Verwirklichung der Ziele der Umweltpolitik ist in Deutschland das Ordnungsrecht - oder in der Sprache der Ökonomen: die Auflagenpolitik - der vorherrschende Instrumententyp. Verbote, gesetzliche Anforderungen, Genehmigungs- und Anzeigenvorbehalte, Eingriffsermächtigungen sowie strafrechtliche und ordnungsrechtliche Sanktionen kennzeichnen diesen Instrumententyp.

In neuerer Zeit wird die ordnungsrechtliche Tradition des Umweltrechts jedoch in steigendem Maße kritisiert. Man wirft dem ordnungsrechtlichen Instrumentarium mangelnde Effizienz vor, weil es die individuellen Vermeidungskosten mißachte und die technische Innovation behindere; dadurch werde auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigt. Darüber

hinaus argumentiert man, daß im Hinblick auf die allseits konzedierte Vollzugsdefizite des Ordnungsrechts dieses nicht einmal in der Lage sei, die Erreichung der Umweltqualitätsziele sicherzustellen. Die Kritiker - es handelt sich vornehmlich um Ökonomen - fordern daher eine Abkehr von der ordnungsrechtlichen Tradition oder jedenfalls eine Ergänzung des ordnungsrechtlichen Instrumentariums durch ökonomische Instrumente, insbesondere Abgaben und Steuern und handelbare Emissionsgenehmigungen.

Der Umweltrat hat sich in der Vergangenheit mehrfach für eine stärkere Verwendung ökonomischer Instrumente eingesetzt, dabei aber eine weitgehende Festlegung auf einen bestimmten Instrumententyp abgelehnt. Er hat die Einführung der Abwasserabgabe durch das Abwasserabgabengesetz von 1976 maßgeblich be-

einflußt. Im Umweltgutachten 1987 spricht er sein Bedauern darüber aus, daß die praktische Umweltpolitik im Gegensatz zur wissenschaftlichen Diskussion stärker ökonomisch ausgerichteten Lösungen vergleichsweise wenig Gewicht beilegt. Der Umweltrat hat daher die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen der künftigen Umweltpolitik stärker als bisher auf ökonomische (und flexible) Instrumente zurückzugreifen.

Detaillierte Vorschläge

Vor diesem Hintergrund findet sich im Umweltgutachten 1994 eine breite Diskussion der ökonomischen Instrumente, die sich allerdings nicht auf deren Vorteile beschränkt, sondern auch die Bedeutung ökologischer Anwendungsrestriktionen, wie insbesondere des Erfordernisses der ökologischen Gleichwertigkeit, betont. Der Umweltrat vertritt die Auffassung, daß das bestehende Ordnungsrecht zur Feinsteuerung in der Umweltpolitik notwendig sei und nicht einfach gegen ökonomische Instrumente ausgetauscht werden könne. Er hält jedoch die verstärkte Entwicklung von Mischinstrumenten, wie insbesondere

Restverschmutzungsabgaben, für erforderlich und sieht Potentiale für den Einsatz reiner Preisinstrumente insbesondere in den neuen, noch nicht vom Ordnungsrecht abgedeckten Aufgabenfeldern der Umweltpolitik, in denen relativ geringe Probleme hinsichtlich der ökologischen Gleichwertigkeit zu erwarten sind. Für den Bereich der Verkehrsbelastungen hat er hierzu detaillierte Vorschläge unterbreitet.

Vorzug für Lizenzlösung

Im Umweltgutachten 1996 wird ein geschlossenes Konzept für eine umweltgerechte Finanzreform entworfen, das aus vier Bausteinen besteht: dem Abbau von Vergünstigungen mit ökologisch negativer Wirkung, der Verstärkung bereits bestehender umweltpolitisch motivierter Vergünstigungen und Abgaben, dem Einbau von Anreizen zu umweltgerechtem Verhalten in bestehende Abgaben sowie der Einführung neuer Umwelt(lenkungs)-abgaben. Vor diesem konzeptionellen Hintergrund wird insbesondere die mögliche Ausgestaltung einer CO₂-Abgabe im Rahmen der Klimapolitik diskutiert, wengleich der Umweltrat einer Lizenzlösung grundsätzlich den Vorzug gibt.

Neue Akzente

Im Umweltgutachten 1998 schließlich wird die Thematik mit einer Diskussion zur abfallpolitischen Lenkung durch Gebühren und Abgaben fortgesetzt, es werden aber auch mit dem Modell gleicher ordnungsrechtlicher Rahmenbedingungen für abfallwirtschaftlich relevante Tätigkeiten neue Akzente gesetzt.

Problem- und Kostendruck

Bei alledem hat der Umweltrat seit dem Umweltgutachten 1994 auf die besonderen Herausforderungen moderner Umweltpolitik hingewiesen, die sich aus dem wachsenden Problem- und Kostendruck ergeben. Eine Umweltpolitik, die über die traditionellen Zielsetzungen hinaus eine dauerhaft-umweltgerechte Entwick-

lung und damit ehrgeizigere und komplexere Ziele anstrebt, muß vor dem Hintergrund der Globalisierung der Wirtschaft in besonderem Maße auf Effizienz, Wettbewerbsverträglichkeit, Innovationsoffenheit und Flexibilität bedacht sein. Diesen Anforderungen entsprechen ökonomische Instrumente in weitaus höheren Maße als das traditionelle Ordnungsrecht.

Akzeptanzsperrn überwinden

Darüber hinaus bestehen unterschätzte Restriktionen, die einem breitflächigen Einsatz ökonomischer Instrumente im Wege stehen. So können sich die mit den Umweltzielen verbundenen negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen auch auf die Akzep-



Zeichnung: Mester

Gleichwohl ist in der umweltpolitischen Realität eine Durchsetzung ökonomischer Instrumente nicht in Sicht. Die ökologische Finanzreform ist zu einem umweltpolitisch nicht zu rechtfertigenden Versuch verkümmert, eine Umfinanzierung von Soziallasten durch eine Stromverbrauchsteuer auf den Weg zu bringen, bei der überdies die Erwartungen, eine doppelte Dividende einzufahren, mit einem Fragezeichen zu versehen sind. Im übrigen favorisiert die praktische Umweltpolitik keineswegs ökonomische Instrumente, sondern bevorzugt die ordnungspolitisch problematischen weichen Instrumente, insbesondere in Form von Selbstverpflichtungen. Ökonomische Instrumente kämpfen sozusagen einen Zweifrontenkrieg: im Rücken, aus der Vergangenheit das Ordnungsrecht und vorne, in der Zukunft die weichen Instrumente.

tanz ökonomischer Instrumente auswirken. Die bestehenden juristischen Bedenken gegen ökonomische Instrumente sind dagegen inhaltlich nicht überzeugend. Insoweit gilt, Akzeptanzsperrn mit Argumenten, vor allem aber auch Erfahrungen aus dem Ausland zu überwinden. ■

* (gekürzte Fassung)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

- | | | |
|----------------------------------|--|---|
| Nr. 22-2
4. - 6. 6. | Verändert Kosovo die BRD?
Leitung: Maruhn | Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| Nr. 23-1
8. - 11. 6. | Kultur im Lokalteil: Zwischen Nationaltheater und Freilichtmuseum
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Schröder | Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| Nr. 23-2*
7. - 9. 6. | Die Rolle der Frau in Geschichte und Politik Deutschlands
Leitung: Willenborg | Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| Nr. 23-3
10. - 12. 6. | Menschenrechte im interkulturellen Dialog
in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut e.V.
Offene Fachtagung
Leitung: Piazzolo | Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| Nr. 23-5
10. - 12. 6. | Der internationale Menschenrechtsschutz in der UN
Leitung: Piazzolo | Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| Nr. 24-1*
14. - 18. 6. | Ethik und Politik
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Diemer/Prankel | Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| Nr. 24-2
15. - 16. 6. | Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts
Leitung: Grosch/Willenborg | Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| Nr. 24-3*
18. - 20. 6. | Deutschland und die Rolle der Nachrichtendienste -
Rückblick auf ein halbes Jahrhundert
Internationale Konferenz
Leitung: Weber | Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| Nr. 25-2
21. - 23. 6. | Fundamentalismus - eine ethische und politische Herausforderung
in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der DAG
Leitung: Diemer | Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |
| Nr. 25-4*
25. - 27. 6. | Qualitätswettbewerb - Herausforderung für
hauswirtschaftliche Führungskräfte
Leitung: Willenborg | Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53 |

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Europas Öffnung nach Osten (2. Passauer Tetralog)

Ein Gespräch auf dem West-östlichen Divan

in Zusammenarbeit mit den Festspielen Europäische Wochen Passau

Nr. 25-5, 27. Juni, 11.00 Uhr

Leitung: Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

Veranstaltungsort:

Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

Universität Passau, Innstr. 31

Neues Hörsaalgebäude, Hörsaal 120

Teilnehmer: Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos

British Aerospace, Senior Advisor European and North American Markets, Bonn

Prof. Dr. Igor Maximytschew

Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften, Moskau

Prof. Dr. Michel Korinmann

Universität Paris X, Direktor der Zeitschrift Limes, Rom/Paris

Andrzej Szczypiorski

Schriftsteller, Warschau

Nr. 26-1*

Medien und Politik

28. 6. - 2. 7.

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Schröder/Lippert

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 26-2*

Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

28. 6. - 2. 7.

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Hampe

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Juli

Nr. 27-1

Germany 10 years after unification

5. - 12. 7.

Leitung: Grosch

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 27-2*

Bürgerpartizipation in der Mediengesellschaft:

5. - 9. 7.

Ein internationaler Vergleich

Leitung: Oberreuter/Kranenpohl

Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Nr. 28-1*

Ende des asiatischen Wunders? Politische Perspektiven und wirtschaftliche Interessen asiatischer Großmächte

12. - 16. 7.

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Diemer/

Müller-Hofstede/Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 28-2*

Aktuelle Fragen zur EU-Erweiterung

12. - 16. 7.

Leitung: Piazzolo

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- Nr. 29-1** **Weltwandel und Friedenssicherung**
19. - 21. 7. **Globalisierung und die Bedeutung regionaler Zusammenarbeit**
Leitung: Grosch Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- Nr. 29-2** **Medienrecht und Gerichtsberichterstattung**
19. - 23. 7. **Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau**
Leitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 30-1** **Friedensbewegung im Kalten Krieg**
26. - 28. 7. **Rückblick auf ein widerspenstiges Versuchsfeld der SED im Lichte neuer Dokumente**
In Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund SED-Staat
Leitung: Maruhn Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 30-2** **Von der Verführungskraft der Diktatur und den Widrigkeiten des Widerstands**
29. - 31. 7. **Aus Anlaß des Gedenkens an den 20. Juli 1944**
Leitung: Weber/Denzer Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

August

- Nr. 31-1** **Fragen zur Zeitgeschichte - Probleme der Gegenwart**
2. - 5. 8. **Ferienseminar I für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen**
Leitung: Weber Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Hausschließung vom 9. - 28. August

September

- Nr. 35-1** **Die Balkan-Krise verändert Deutschland**
31. 8. - 3. 9. **Ferienseminar II für Geschichts-, Gemeinschafts- und Sozialkundelehrer/innen**
Leitung: Maruhn Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 36-1** **Neue Trends in nationaler und internationaler Politik**
6. - 9. 9. **Ferienseminar III**
Leitung: Piazzolo Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 36-4** **Wenn Seife süchtig macht: von den Hesselbachs zum Marienhof**
10. - 12. 9. **Populäre Kultur in Film und Fernsehen: Die Soap Opera gestern - heute- morgen**
In Zusammenarbeit mit der LAG Film Bayern
Leitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Nr. 36-5 6. - 9. 9.	Extremismus und Demokratie Leitung: Maruhn	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 36-6 10. - 12. 9.	Ökonomie als Stabilitätsfaktor der Demokratie Leitung: Hampe/Maruhn	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 37-1 15. - 16. 9.	Der „Schwarze Freitag“ und die Weltwirtschaftskrise. Hintergründe und aktuelle Bedeutung Leitung: Hampe	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 37-2 17. - 19. 9.	Der große Drache China nach 50 Jahren Volksrepublik Tutzing Forum für Internationale Beziehungen Leitung: Oberreuter/Denzer	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 38-2 22. - 24. 9.	Die zweite Schöpfung: Humangenetik Politische und moralische Aspekte an der Jahrtausendwende Leitung: Diemer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 38-3 24. - 25. 9.	Ist Wehrpflicht out? Leitung: Denzer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 38-4 21. - 22. 9.	Erstes, zweites, drittes Lebensalter Zusammenleben der Generationen heute In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung und dem Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg Leitung: Grosch/Willenborg	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 39-1* 27. 9. - 1. 10.	Politische Bildung und Ästhetik in der „Globalen Medienkultur“ Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Diemer/Büchner	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 39-2* 27. - 28. 9.	Didaktik des Geschichtsunterrichts an Realschulen Leitung: Willenborg	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 39-3 29. 9. - 1. 10.	The Media in Britain In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut, München Leitung: Grosch	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Die Akademie für Politische Bildung Tutzing

wurde 1957 als Anstalt des öffentlichen Rechts vom Bayerischen Landtag gegründet. Sie ist unabhängig und hat das Recht der Selbstverwaltung. Ihre Aufgabe ist es, die politische Bildung auf überparteilicher Grundlage zu fördern. Zu diesem Zweck veranstaltet sie Seminare in der eigenen Tagungsstätte in Tutzing sowie Akademiegespräche und Kolloquien in ganz Bayern. Durch eigene Publikationen wirkt sie in den öffentlichen Diskurs über die politische Bildung hinein.

Der Direktor leitet und vertritt die Akademie nach außen und wird dabei vom Dozentenkollegium unterstützt. Ein Kuratorium von Vertretern von Parteien und gesellschaftlich relevanten Gruppen beaufsichtigt die Akademiearbeit. Ein Beirat repräsentiert die interessierte Öffentlichkeit und berät den Direktor. Ein Förderkreis unterstützt die Akademie finanziell bei ihren Aufgaben.

Thomas Lochte berichtet in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 1. März 1999 über die Tagung „AGENDA 21“:

Runter von der Spielwiese

Gemeinsame Resolution erntet Wohlwollen, wird aber nicht verabschiedet

Agenda-Gruppen und kommunale Verwaltung, Umweltschützer und politische Entscheidungsträger - nicht immer ziehen sie an einem Strang. Unter dem Stichwort „Vor Ort initiativ“ machte die Akademie für Politische Bildung gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Tutzing den Dialog zwischen lokalen Agenda-21-Gruppen und Kommunalpolitikern zum Thema.

Bürgermeister und Gemeinderäte aus dem Landkreis Starnberg trafen am Samstag mit Vertretern von Bund Naturschutz und örtlichen Agenda-Initiativen in insgesamt sechs Arbeitsgruppen zusammen. Die Schwerpunkte:

Selbstorganisation, Öffentlichkeitsarbeit, Erfolgsindikatoren, Kinder und Jugendliche, Kunst und Kultur sowie die Zusammenhänge zwischen regionalen und globalen Strukturen. Immer wieder drehten sich die Gespräche um die Verfahrensweise, Arbeitsergebnisse der einzelnen Agenda-Gruppen in politische Entscheidungswege einfließen zu lassen: „Manche Bürgermeister haben vielleicht Sorge, daß man ihnen die kommunalpolitische Manövriermasse wegnimmt“, sagte der Tutzinger SPD-Gemeinderat Gernot Abendt. Gleichwohl waren der Tutzinger Bürgermeister Peter Lederer, sowie der Dritte Bürgermeister Erich Gahr vertreten.

Rederecht für Agenda-Sprecher zu Anträgen im Gemeinderat? Regelmäßige Sprechstunden des Bürgermeisters zu umweltpolitischen Belangen? Ein Agenda-Sprecher wie Gerd Wrage in Inning oder die über zehn Agenda-Arbeitskreise in Herrsching haben den Kontakt zum Rathaus längst hergestellt und auch einiges in Sachen umweltpolitischer Dialog erreicht. Und doch bezeichnen viele den Umgang mit Gemeinderat und Verwaltung als nach wie vor „schwierigen Prozeß“, so die Herrschingerin Monika Reinfeld. Auch die Herrschinger SPD-Ortsvorsitzende Susanne Satzer-Spree sieht eine gewisse Gefahr, daß die Agenda-Gesprächskreise aus Sicht mancher Politiker „nur eine Art Spielwiese“ darstellen, wo man sich müde debattiert und letztlich nichts vorankommt. „Ein Lenkungsinstrument der Agenda auf Kreisebene wäre gut“, sagte Satzer-Spree, „damit könnte auf die einzelnen Bürgermeister Einfluß genommen werden“. ...

Der STARNBERGER MERKUR vom 1. März 1999 schreibt:

Agenda 21 soll weg vom „rot-grünen Stallgeruch“

Mitarbeiter aus Fünfseenland und Pfaffenwinkel in Tutzing

Seltenheitswert dürfte eine Veranstaltung zur „Agenda 21“ haben, die am Wochenende in Tutzing stattgefunden hat. Rund 100 Besucher aus dem Fünfseenland und dem Pfaffenwinkel sind bei einem Studientag gezählt worden, den die beiden Akademien des Ortes gemeinsam organisierten. Das Ziel: die Mitarbeiter der bisher meist noch recht isoliert arbeitenden Agenda-Gruppen in vielen Gemeinden dieser Region einmal zusammenzubringen. ... In Arbeitsgruppen wurden etliche Aspekte der Agenda 21 behandelt: von der Organisation über die Öffentlichkeitsarbeit und die Motivation der Bevölkerung bis zur Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen oder von Kunst und Kultur. Dabei wurden

zahlreiche Empfehlungen ausgesprochen. Die Agenda-Gruppen müßten unbedingt versuchen, die Bürgermeister, zumindest aber ihre Stellvertreter oder die Mehrheiten des jeweiligen Gemeinderats, für ihre Sache zu gewinnen. Viel Interesse fanden die Erfahrungen von Hans Rohrmüller, des ehemaligen Bürgermeisters von Bad Brückenau, der zahlreiche konkrete Ansatzpunkte für die Agenda-Arbeit nannte.

Als vorbildlich, aber wohl nicht auf den Landkreis Starnberg übertragbar, wurde das Programm „Brucker Land“ aus dem Landkreis Fürstentum dargestellt, in dem Landwirtschaft, Verbraucher, Handel, Umwelt- und Naturschutzverbände sowie Laien-

kirchen zusammenarbeiten. Auch die Kunst würden viele gern mehr in die Aktion einbeziehen. Wenig gelungen ist es bisher, die Kinder und Jugendlichen für die Agenda 21 zu interessieren, wie überall bestätigt wurde.

In einem Arbeitskreis wurde aber auch die Notwendigkeit gesehen, „vom rot-grünen Stallgeruch wegzukommen“, so die Herrschinger Journalistin Susanne Satzer-Spree. Denn der Ansatz sei eigentlich überparteilich. Vorgeschlagen wurden Logos, gezielte Öffentlichkeit und Werbemaßnahmen, um das Image aufzupolieren. Man müsse aber auch mehr als bisher zielgruppengerecht arbeiten.

Anlässlich der Tagung „50 Jahre NATO“ berichten die STARNBERGER NEUESTEN NACHRICHTEN am 8. März 1999:

Deutschland verlässlicher Partner im Bündnis

Zum 50. Jubiläum der NATO-Gründung veranstaltete die Akademie für Politische Bildung in Tutzing eine Tagung. Höhepunkte dabei: Vorträge des Botschafters der USA in Bonn, John Kornblum, und der parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesverteidigungsminister, Brigitte Schulte.

Botschafter Kornblum ließ keinen Zweifel daran, daß Amerika die NATO weiterhin führen werde, aber da es nicht der Weltpolizist werden wolle, brauche es starke Partner in Europa. Trotz Differenzen habe die

Zusammenarbeit in der Vergangenheit gut funktioniert. „Es ist jetzt an der Zeit, die Vision der demokratischen Gemeinschaft mit gemeinsamen Werten weltweit in die Tat umzusetzen.“ Er sprach sich dafür aus, daß die NATO in Zukunft auch ohne UNOMandat „menschliche Katastrophen verhindert“.

Eine neue Bedrohung erwachse der NATO durch ballistische Raketen. Kornblum sagte voraus: „In 10 Jahren sind alle südeuropäischen Hauptstädte in Reichweite. In 20 Jahren ganz Europa“. Deshalb forderte er die eu-

ropäischen Bündnispartner auf, ihre Verteidigungsetats nicht weiter zu kürzen, sondern aufzustocken. Zum Ende seiner Rede stellte er Deutschland ein gutes Zeugnis aus: „Es war mit den USA das Rückgrat der NATO. Auch in Zukunft bin ich optimistisch, was die deutsch-amerikanische Partnerschaft betrifft.“

Staatssekretärin Brigitte Schulte begab sich auf einen kurzen Streifzug durch die Geschichte der NATO. Um den neuen Herausforderungen zu begegnen, „muß Europa aufhören ein Hühnerhof zu sein“. Großbritannien, Frankreich und Deutschland müßten endlich zu einer gemeinsamen Streitkräfteplanung kommen. Deutschlands Rolle in der Zukunft beschrieb Brigitte Schulte nicht als „großmächtige Nation“, sondern als „verlässlicher Partner im Bündnis“.

Peter Tamm schreibt in „NEUER TAG“, Weiden, am 3. April 1999:

Kein Konzept für den Balkan

Eine Tagung in Tutzing blickt in die Zukunft der westlichen Allianz

„Weder Amerikaner noch Europäer haben ein Balkankonzept. Neue Krisenherde im Sandschak, in der Vojvodina und in Montenegro zeichnen sich schon ab“, warnte Botschafter Dr. Hans Schumacher, stellvertretender Hoher Repräsentant in Bosnien-Herzegowina, vor wenigen Wochen un-diplomatisch deutlich. Und ein General der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel ergänzte: „Der Gletscher des Kalten Krieges ist abgeschmolzen. Jetzt kommt das darunter eingefrorene Geröll zutage“. ...

US-Botschafter John C. Kornblum - als Vertreter der „mächtigsten Nation der Welt, aber ohne imperiale Vergangenheit“ - forderte nicht nur Institu-

tionen, sondern auch Visionen. Eine solche sei die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas gewesen. Kornblum forderte ein modernes strategisches Konzept für den Gipfel am 24./25. April in Washington und die rasche Verabschiedung von Programmen zur Schaffung mobiler Streitkräfte mit adäquater Aufrüstung. Hier müßten sich die Europäer noch stärker engagieren, sagte der US-Botschafter. Ohne Namen zu nennen, unterstrich er die Bereitschaft seines Landes, die NATO für weitere osteuropäische Länder zu öffnen. Eindringlich versicherte Kornblum, daß die NATO keine globale Sicherheitsorganisation sein wolle. ...

Der auch aus dem deutschen Fernsehen bekannte Professor Igor Maximyschew von der Moskauer Akademie der Wissenschaften überraschte mit seiner Feststellung, daß aus russischer Sicht der Kalte Krieg im Baltikum weitergehe, man sich gegenseitig dämonisiere und in Estland und Lettland die russischen Mitbürger diskriminiere. Er vermisse die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen zum postsowjetischen Rußland und habe wenig Hoffnung auf ein Ende der Konfrontation. Der Wissenschaftler wiederholte die Moskauer Position, daß eine Aufnahme der drei baltischen Staaten in die NATO eine erneute Trennungslinie in Europa ziehen würde. ...

Der hier vorzustellende Band zur Frühgeschichte der Bundesrepublik kann durchaus in der bereits reichlich vorhandenen Literatur zu diesem Zeitraum einen eigenen Platz für sich in Anspruch nehmen. Dem Autorenteam unter Leitung des Tüzingener Politikwissenschaftlers Jürgen Weber ist eine respektable, eigensinnige Geschichtsdarstellung gelungen, in der die Ausnahmesituation dieser frühen Jahre besonders deutlich herausgearbeitet wird.

Unter dem Titel *Aufbau und Neuorientierung* werden die ersten sechs Jahre des soeben auf Geheiß der drei Besatzungsmächte ins Leben gerufenen Staatsgebildes, des westdeutschen Teilstaates, in eindrucksvoller Weise vorgestellt. Das Besondere an diesem neuen Geschichtsbuch ist die ungemein farbige Lebendigkeit und Nähe der Darstellung, die sich aus dem Zusammenwirken verschiedener, gut aufeinander abgestimmter Bauelemente in der Erzählung der geschichtlichen Vorgänge, ihrer Kommentierung und Dokumentierung ergibt.

Die Weltpolitik nach 1945 wurde das Aktions- und Machtfeld der USA und der UdSSR. Ihr Gegensatz, aber auch ihr Zusammenspiel, beschrieben den Kreis, in dem die weniger Mächtigen sich bewegen mußten. Der Anfang der 50er Jahre zeigte eine fast völlige Teilung der Welt in zwei Blöcke und zwei Einflusssphären. Große Politik wurde nun offenbar ausschließlich in Washington und Moskau gemacht. Wie führende Politologen und Zeitgeschichtler in ihren Arbeiten immer wieder herausgearbeitet haben, sind die beiden deutschen Staaten in dieser Konstellation entstanden. Rechtzeitig zum 50jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland werden eine Reihe von Bestandsaufnahmen und Überblickstudien vorgelegt. Der Herausgeber und Mitautor des hier anzudeutenden Bandes zur deutschen Geschichte aus den frühen 50er Jahren, Jürgen Weber, ist als Sachkenner der Politik und Zeitgeschichte durch zahlreiche Publikationen ausgewiesen.

**Jürgen Weber (Hrsg.),
Aufbau und Neuorientierung.
Die Geschichte der Bundesrepublik 1950 - 1955.
Günter Olzog Verlag, München 1998;
393 S., DM 78,-**

... So wird in diesem Zusammenspiel beispielsweise in den ersten drei Kapiteln die Rolle Konrad Adenauers besonders plastisch herausgearbeitet, sein hartnäckig zielstrebiges Bemühen, einen Weg aus dem uralten „deutsch-französischen Dilemma“ zu finden, das aus der Geschichte begründete französi-

sche Mißtrauen gegenüber dem unberechenbaren Nachbarn im Osten ein für alle Mal aufzulösen. Ebenso sein fortgesetztes Antichambrieren, vor-

nehmlich bei der amerikanischen Militärregierung, wird eindrucksvoll im Text und den zugehörigen Dokumenten zum Ausdruck gebracht.

...All diese Problemkreise kommen in Webers Arbeit gut zum Ausdruck. Die Dokumentation wird durch zahlreiche Schriftstücke, Schaubilder und Fotos ergänzt. Der Band eignet sich vorzüglich für die politische Bildungsarbeit. ...

Das Parlament, 16. April 1999

**Jürgen Weber (Hrsg.),
Das Jahr 1949 In der deutschen Geschichte.
Die doppelte Staatsgründung.
Günter Olzog Verlag, München 1997;
414 S., DM 68,-**

Der Band (mit dem entliehenen Titel von Christoph Kleßmann) umspannt folgende Themen: das Ringen um eine demokratische Verfassung im Parlamentarischen Rat, den deutsch-alliierten Verfassungsstreit, den Streit um den Regierungssitz, die Wirtschaftsreform oder die Regierungsbildung. Außerdem werden das Regieren unter dem Besatzungsstatut, die neue Pressefreiheit und die Staatsgründung der DDR behandelt. ...

Das Parlament, 16. April 1999

Akademiegespräch im Landtag: Charles S. Maier über den Zusammenbruch der DDR

Das achte Akademiegespräch im Bayerischen Landtag war zugleich das erste bayerisch-amerikanische. Professor Charles S. Maier, Direktor des Europeaninstituts der Harvard University, referierte am 23. März unter dem Thema „Staatsbankrott der DDR“. Maier lud die 180 Gäste in seine Werkstatt ein. Dort dachte er darüber nach, ob „das erfolgreichste Beispiel von Zivilcourage in der deutschen Geschichte“ - der Zusammenbruch der DDR - strukturell zu erklären sei oder ob es sich lediglich um eine Kette von Zufällen gehandelt habe.

Die Rolle des Historikers sah er, gerade weil beides bis zu einem gewissen Grad richtig sei, darin, beides zu vereinen und so Zeitgeschichte zu schreiben. Strukturelle Ursache des Zusammenbruchs der DDR war die Unfähigkeit, eine moderne Wirtschaft zum Erfolg zu bringen. Ein entscheidendes Ereignis sei die Übernahme der öffentlichen Räume durch die Massen gewesen - das Ende der Nischengesellschaft. Das Referat wird demnächst in der Reihe „Akademiegespräche im Landtag“ veröffentlicht.

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt Vorträge u.a. in Bordeaux, Neustadt a.d. Weinstraße, Regensburg und Teisendorf und bestritt mit Hans-Jochen Vogel ein Marktoberdorfer Sonntagsgespräch. Zudem wurde er erneut in das Kuratorium (den Hochschulrat) der Technischen Universität Dresden berufen, ebenso in das Kuratorium des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden.

VERWALTUNG

Nadja Riewendt, erste Auszubildende der Akademie für Politische Bildung für den Beruf der Kauffrau für Bürokommunikation, hat Ende Februar ihre Ausbildung mit Erfolg abgeschlossen. Ab 1. März konnte Frau Riewendt als Tagungssekretärin übernommen werden.

Unsere Köchin **Gertraud Lehner** feierte am 10. April ihr 10-jähriges Dienstjubiläum.

KOLLEGIUM

Dr. Peter Hampe hält im Sommersemester im Rahmen seiner Lehraufträge an der Hochschule für Politik in München einen Grundkurs zur deutschen Wirtschaftsordnung ab, an der TU Dresden eine Kompaktveranstaltung über Grundzüge der Volkswirtschaftslehre.

Dr. Uwe Kranenpohl hat an der Universität Passau den Lehrauftrag „Vermiedene Kriege, Konfliktlösung und Streitbeilegung im multipolaren internationalen System“ übernommen.

Dr. Michael Plazolo hielt auf Einladung des Internationalen Kolpingwerks in Lamego (Portugal) einen Vortrag „Ist die Europäische Union eine Wertegemeinschaft - Leitbilder im Laufe der europäischen Integration“.

Er moderierte ein Diskussionsforum in der Großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität München zum Thema „50 Jahre Grundgesetz - Bedeutung und Wandel der Grundrechte“ und sprach im Hessischen Rundfunk anlässlich der Einweihung des Berliner Reichstagsgebäudes über Entwicklungslinien in 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland.

Im Rahmen seines Lehrauftrages an der Hochschule für Politik, München, bietet er im Sommersemester ein Proseminar zum Themenbereich „Europäische Union“ an.

KURATORIUM

Der Vorsitzende des Kuratoriums, **Prof. Dr. Hans Maier**, hat den Romano-Guardini-Preis 1999 der Katholischen Akademie erhalten.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing